

LEIPZIGS NEUE

Ätzen gegen Migranten

Wie Empörung zu einem Wissenschaftspreis führt **Seiten 4/5**

Gestorbene als Lebende betrachten

Ein Denkmal und die Nachwirkungen **Seiten 2/7**

Leipzig hat bei mir einen Bonus

Die Alternative Nobelpreisträgerin Felicia Langer (siehe Abb.) **Seite 9**

Opposition wird Regierung

Das sozialdemokratische Jahrzehnt **Seite 18**

Keilhose und High-Tec-Anzug

Wintermoden, die die Sportwelt veränderten **Seite 21**



2 Euro/ABO 1,80

LINKE MONATSZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE



// DIE GESTORBENEN ALS **LEBENDE** BETRACHTEN

Johann Gottfried Herder
1744 – 1803

AM 14. FEBRUAR 1945
WURDEN 169 MÄNNER,
FRAUEN UND KINDER
IN DAS GHETTO
THERESIENSTADT
DEPORTIERT.
WENIGE WOCHEN VOR
ENDE DES ZWEITEN
WELTKRIEGES WAR ES DER
LETZTE TRANSPORT JÜDISCHER
OPFER AUS LEIPZIG

Kommentiert

Schöngefärbt

Es war beim ZDF, Ende Januar, die Top-Meldung: Der Rückgang der Kinderarmut in Deutschland. Die Meriten für diesen Erfolg durften sich in den Redebeiträgen zur Meldung sowohl Ministerin von der Leyen als auch Heinrich Alt, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, an die Brust heften. Beide führten ihre Arbeit als Ursache an.

So sank nach der Darstellung der Bundesagentur die Zahl der Kinder in »SGB II-Bedarfsgemeinschaften« von September 2006 bis 2011 von 1 895 932 auf 1 639 225 Kinder, ein Rückgang um 13,5 Prozent. Nicht einberechnet ist, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Kinder unter 15 Jahren im Land von 11 649 872 auf 10 964 201 zurückging. Zieht man das bei der »Berechnung« in Betracht, relativiert sich der Rückgang beträchtlich.

Darüber hinaus wurde beim Vergleich Bayern zum Sieger und Berlin als Schlusslicht präsentiert, ein wohlbekanntes Bild. Bei Berücksichtigung des Rückganges der Kinderzahl unter 15 Jahren in die Berechnung ändert sich die »Hitliste«. Nun ist nicht mehr Bayern an der Spitze und Berlin das Schlusslicht. Vielmehr ist Thüringen das Land mit dem größten Rückgang an Kinderarmut, die

»Rote Laterne« geht an Nordrhein-Westfalen.

Weiterhin unberücksichtigt in der Statistik ist die Auswirkung des Kinderzuschlages auf den Rückgang von Kindern in »SGB II-Bedarfsgemeinschaften«. Dieses im Berichtszeitraum geschaffene Instrument soll ja Kinder aus dem Bezug von Hartz IV herausholen, deren Familien so wenig Einkommen haben, dass sie zwar noch keine Hartz IV-Ergänzungsleistungen in Anspruch nehmen könnten, allein durch ihre Kinder im Haushalt allerdings anspruchsberechtigt wären.

Ein Argument von der Ministerin und dem BA-Vorstand zum Rückgang der Kinderarmut lautete unisono, die Hartz IV-Bezieher ließen sich dank der guten Wirtschaftslage besser in Arbeit integrieren.

Dass es sich in vielen Fällen um prekäre Arbeitsverhältnisse handelt, blieb wieder einmal unerwähnt. So brachte es Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, auf den Punkt: »2005 lebte jedes siebente Kind in Armut, und 2011 lebte jedes siebente Kind in Armut, daran hat sich nichts geändert.«

• Pia-Naomi Witte

Rücksichtslos

Wann haben Sie das letzte Mal Rücksicht genommen? Im Treppenhaus, beim Einkaufen, beim Einsteigen in den Zug, beim Autofahren trotz Vorfahrt. Die Frage berührt merkwürdig, scheint aus einer untergegangenen Welt.

Ein Soziologieprofessor wies unlängst wieder auf die »Verluderung« unserer Sitten hin. Das sei – nach seiner Sicht – seit ungefähr zwei Jahrzehnten zu beobachten.

Setzen wir jetzt mal die deutsch-deutsche Wende-Brille – wegen der zwei Jahrzehnte – ab und werden etwas europäischer: Von der eisernen Lady Thatcher aus Großbritannien stammt die Erkenntnis: »Es gibt kein Gesellschaft mehr sondern nur noch Individuen.« Ein altes Zitat. Es heißt doch wohl nichts anderes als Konkurrenz pur, jeder der Teufel des anderen.

Wo bleiben Solidarität und Fairnis, wo das Menschliche? Warum sinken zunehmend die Hemmschwellen, Vorteile anzunehmen, oder zu sehen, wo man bleibt?

Die Eliten gegen mit schlechten Beispiel voran, dieser Satz ist derzeit quer durch alle Zeitungsspalten zu vernehmen.

Sollten die alten Werte, auch die der Arbeiterbewegung, tatsächlich den Bach runtergehen, dann Gnade uns Gott oder wer auch immer.

In dieser Zeitung steht ein Aufruf des Leipziger Sozialamtes, nicht gleichgültig an Menschen vorüberzugehen, die die nächste Nacht vielleicht erfrieren könnten, da sie kein Bett und keine Wohnung haben. Es stünden Notbetten in der Stadt, anno 2012(!), zur Verfügung.

In den oberen Etagen dieser Gesellschaft herrscht jedoch Zufriedenheit.

• Jost Weiss



Eine Minute Aufmerksamkeit



Bildhauer Roland Steckel beim Fertigen dieser steinernen Erinnerung, mitten im Trubel des Leipziger Hauptbahnhofes. Foto: Gerd Eiltzer

Der offizielle Teil ist vorüber, die Ansprachen gehalten. Nun sind die behauenen Steine im Alltag angekommen. »Leipzigs Neue« hat mehrfach über die Schwierigkeiten, die materiellen Mittel für sie bereitzustellen, berichtet.

Zunächst wird nunmehr an dieser Stelle des Bahnsteiges 24 im Leipziger Hauptbahnhof etwas ermöglicht, was selten ist, Erinnerungs- oder Gedenkkultur im normalen Alltag zu verankern. Man begegnet dieser Mahnung nunmehr, beim Gang zum Auto, zum Zug zu einem Geschäft oder wenn man auf die Freundin oder den Freund wartet.

Ein »Vielleicht« ist in diesem Zusammenhang nicht ganz unwichtig, denn man muss sich schon wenigstens für kurze Zeit darauf einlassen. »Leipzigs Neue« machte keinen repräsentativen Test, wie soll der auch aussehen, sondern beobachtete eine Stunde, was diese Steine in einem hektischen Bahnhof bewirken können.

Zunächst kann man das graue Monument schnell übersehen. Abgelenkt von Backshops und einfahrenden Zügen und dem Blick auf ein Parkdeck hat es wohl nicht die besten Chancen.

Junge Familien laufen vorbei, schauen nicht mal auf den verwelkten Blumenstrauß, sondern achten nur auf ihr geparktes Auto, ganz gleich ob sie kommen oder gehen.

In meiner Beobachtungsstunde ging eine junge Frau auf den grauen Stein zu, las den Text (siehe LN-TITEL allerdings ohne Herder-Zitat) und zückte wie heute üblich ihr Handy, um zu fotografieren. Eine andere Familie blieb stehen, weil der Jüngste sie in diese Richtung lenkte, wo sich offenbar für ihn etwas Wichtiges befand. Für's Ausdeuten, war er zu jung. Gut 70 Prozent liefen während der 60 Minuten vorbei. Ein Drittel nahm die gemeißelte Schrift auf, mitten im Alltag, der sie doch eigentlich mit ganz anderen Dingen forderte.

• -ck

Kalter Krieg »lebendig«

Zur Münchner Sicherheitskonferenz, zu der zum dritten Mal auch die Fraktion DIE LINKE eingeladen wurde, erklärt Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion: »Die Einladung der LINKEN, von greenpeace international und anderen Konferenzkritikern hat am Charakter der Veranstaltung nichts geändert. Es scheint so, als ob der Kalte Krieg noch lebendig ist, wenn auch in veränderten Formen.« Gehrcke weiter: »Russischer und chinesischer Einspruch gegen eine Sicherheitsratsresolution zu Syrien, die, ähnlich wie die Resolution zu Libyen, militärisches Eingreifen von außen nicht ausschließt, wird nicht gern gehört. In Europa soll ein Raketenabwehrsystem installiert werden, möglichst mit russi-

cher Zustimmung. Wenn die nicht kommt, dann eben auch ohne. Viele Teilnehmer dieser Konferenz aus Politik und Wirtschaft, von Militär und Medien schließen einen Krieg gegen den Iran nicht aus, das ist das Bedrückendste.«

Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, ergänzt: »Deutlich und dreist reklamiert der deutsche Verteidigungsminister, flankiert vom Bundesaußenminister, eine weltweite deutsche Führungsrolle - ökonomisch, strategisch und militärisch. Diese Töne in dieser Offenheit sind neu. Großmachtpolitik hat für Deutschland und die Welt immer Unheil gebracht. Dem muss rechtzeitig Widerstand entgegen gesetzt werden.« (LN)

Gunter Preuß



Die Gewalt des Sommers
Roman



Buchpremiere und Lesung

Am 28. Februar 19.00 Uhr

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

mit: Gunter Preuß

Anzeige

... ist der Verfassungsschutz. So jedenfalls skandierten es in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Demonstranten in der westdeutschen Teilrepublik. Es wird die inzwischen graubärtigen Veteranen von damals kaum mit Genugtuung erfüllen, wenn ihnen die traurige Gegenwart bestätigt, wie recht sie bereits vor dreißig, vierzig Jahren hatten. Es ist schon von Übel, was dieser obskure Horch-und-Guck-Verein mit dem irreführenden Namen der bundesrepublikanischen Wirklichkeit tagtäglich zumutet. Bis zur Halskrause ist des Innenministers Schild und Schwert in den Neonazi-Sumpf verstrickt. Immer hart dran, da wo es am meisten stinkt. Wegen der angeblich unverzichtbaren V-Männer schützt das Amt die NPD zuverlässig davor, verboten zu werden. Mehr als zehn Jahre lang pflegte die Behörde eine zweifelhafte Verbindung zum thüringer Nazigesindel, unterstützte es mit Geld und Logistik und will dabei von deren Mordtaten und Anschlägen nichts mitbekommen haben. Es war dies der vorläufige Höhepunkt einer Skandalchronik, die sich von der Gründung des Amtes 1950 bis heute hinzieht und in aller Deutlichkeit offenbart, wie es die vielbeschworene bundesrepublikanische Demokratie gefährdet. Diese Organisation von Spitzeln und Schnüfflern schützt die Verfassung nicht, sondern bricht sie gerade so wie es ihr gefällt und gehört deshalb schleunigst abgeschafft. Der Verfassungsschutz der Berliner Republik ist so überflüssig wie ihr Bundespräsident oder sonst ein Kropf.

Und dann ist da noch die Bespitzelung von 27 Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, unter ihnen die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau. Man muß schon mehrfach mit dem Klammerbeutel zusammengestoßen sein, um der Gysi-Truppe einen möglichen Bruch der Verfassung zuzutrauen. Die Partei Die Linke will in ihrer Mehrheit nichts anderes als das, was auch die SPD programmatisch vertritt, nämlich einen sogenannten »Demokratischen Sozialismus«, was immer das auch heißen mag. Die Unterwanderstiefel verstauben schon seit Jahrzehnten in der Asservatenkammer der Stasi-Behörde und harren ihrer Aufarbeitung durch Herrn Jahn. Doch das ficht den Hans-Peter nicht an,



Notizen aus der Hauptstadt der BRD Der allergrößte Schmutz

Von Gerhard Schumacher



denn der Friedrich, der Friedrich, wär' so gern ein Wüterich. Ist er aber nicht, bestenfalls ein Dummerjan, dem die roten und gelben Drähtchen im Kopf durcheinander geraten sind. Zu diesem Schluß jedenfalls muss man kommen, wenn man seine Begründung liest. Es gäbe »erhebliche Hinweise«, daß Die Linke »verfassungsfeindliche Tendenzen« hat und deshalb wird die Parteispitze beobachtet, aber, jetzt wird gestaunt: nicht überwacht. Da sei die CSU vor. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Wolfgang Bosbach, ebenfalls ein christlicher Demokrat, setzt noch einen drauf. Originalton: »Wer sich in der Partei eine Kommunistische Plattform hält, darf sich nicht wundern, daß es eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz gibt.« Na bitte, selbst Schuld Linkspartei, zurück ins Glied und Maul halten, hier wird beobachtet auf Teufel komm raus. Schließlich kann doch nicht jeder machen was er will, schon gar nicht im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Ach Franz-Josef Degenhardt, wie hast du schon vor langer Zeit so weise gesungen.

Doch verweilen wir noch ein wenig bei den Extremisten. Ein anderer Wadlbeißer aus dem Bayernland, der Generalsekretär jener CSU, aus der schon viele einschlägige Talente hervorgegangen sind, Dobrindt, Alexander, will die Linkspartei gleich ganz verbieten, weil sie »ein schwer gestörtes Verhältnis zu unserer FDGO hat«. Das kann man allerdings auch bekom-

men, wenn diese FDGO durch so schwer gestörte Typen der Sorte Dobrindt repräsentiert und interpretiert wird. Andererseits, wo soll er es denn herhaben, der Alexander, er ist ja schon im zarten Alter von 16 Jahren in die Junge Union eingetreten. So ein Schritt prägt einen jungen Menschen und drückt ihm ein Leben lang den Stempel auf. Außerdem sind da die roten und gelben Drähtchen... siehe Friedrich, Hans-Peter, ebenfalls mit 16 Jahren der Jungen Union beigetreten. Soll es sich bei dieser Organisation gar um ein Sammelbecken handeln, das zu beobachten sich lohnt?

Deutschlands oberste Gesinnungsvertriebene, Erika Steinbach, hat das Twittern entdeckt. Man muss keine besonderen Fähigkeiten besitzen, um zu erkennen, daß dabei nichts Vernünftiges herauskommen kann, sondern nur verquaster Irrwitz. Die NSDAP sei eine linke Partei gewesen, weil sie die Worte »Arbeiter« und »sozialistisch« im Namen führte, schrieb die Erika in die Welt hinaus. Wahnsinn die Kombinationsgabe dieser Frau, ihr Verständnis für geschichtliche Zusammenhänge und den Mut, ihre zugemüllte Gedankenwelt zum wiederholten Mal öffentlich zu machen. Auf Befehl dieser »linken Partei« hat Steinbachs Vater 1941 im okkupierten Polen ebensolches Gedankengut verbreitet. Wissen wir, was er davon ans tumbe Töchterlein weitergegeben hat? Immerhin genug, um auszurufen: Verfassungsschutz übernehmen Sie. Diese Frau muss beobachtet werden.

Das ist die rote Karte für alle hemmungslosen Privatisierer.« Dieser Satz stammt vom amtierenden Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD), nachdem er am Wahlabend des Bürgerentscheids die Quittung für seine Privatisierungspolitik erhielt. Fast 90 Prozent der Abstimmenden ca. 170 000 Leipzigerinnen und Leipziger votierten damals für den Verbleib ihrer Unternehmen in städtischem Besitz und verhinderten somit nicht nur die geplante Teilprivatisierung der Stadtwerke. Nichtsdestotrotz scheint der OBM die Lehren aus dem Entscheid nicht gezogen zu haben, denn fortan hat sich die Politik der Privatisierung fortgesetzt.

In anderen Städten hat man das Potential kommunaler Unternehmen längst erkannt. Die Entscheidungsträger in Städten wie Köln oder München würden niemals Unternehmen wie Netcologne oder M-Net, die jeweiligen Pendants zur Leipziger HLkomm, veräußern. In Städten wie Dortmund, Freiburg oder Saarbrücken wurden zentrale Bereiche, wie etwa die Stadtreinigung, in den letzten Jahren rekommunalisiert. In Leipzig scheint man indes nicht viel schlauer geworden zu sein seit dem Bürgerentscheid vom Januar 2008. Es hat kein Umdenken stattgefunden. Alles was sich geändert hat ist, dass man sich nicht traut, offen die großen kommunalen Unternehmen direkt zu veräußern. Anstelle dessen wird eine Art Salami-taktik betrieben, bei der städtisches Eigentum Stück für Stück veräußert wird, seien es Wohnungen der städtischen LWB, das städtische Bestattungswesen oder das Wassergut Canitz. Erst

Öffentlich ist wesentlich Zur Debatte um die Leipziger Oberbürgermeisterwahl

Von Mike Nagler

auf der Januarsitzung hat der Stadtrat unter Drängen des OBM der vollständigen Privatisierung des städtischen IT Dienstleisters perdata an avato systems, einer Tochter des Bertelsmannkonzerns, zugestimmt. Im März soll nun die Privatisierungsentscheidung über die Stadtwerketochter HL komm gefällt werden. Und was kommt als nächstes? Die Erfahrungen der letzten Jahre und auch die aktuelle Debatte um die Veräußerung unserer Unternehmen zeigt: Der Kurs der maßgeblich vom Oberbürgermeister selbst mitbestimmt wird, ist noch immer der gleiche wie vor vier Jahren.

Doch dieser Kurs ist falsch, er führt uns immer tiefer in eine Sackgasse. Es ist notwendig, zu einer aktiven Stadtpolitik zu gelangen, die das Potential kommunaler Unternehmen zu schützen, zu mehren und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen weiß. Das aber ist mit dem derzeitigen SPD-Amtsinhaber im Rathaus nicht zu machen, genauso wenig wie mit einem möglichen CDU-OBM. Auch wenn es zunächst absurd klingt: Linke und Grüne ebnet hierfür

den Weg. Tatsächlich verhält es sich so, dass zur Oberbürgermeisterwahl 2013 derzeit keine wirkliche Gefahr für die Privatisierer in Sicht ist, da sich Linke und Grüne in parteitaktischem Klein-Klein verlieren, anstatt in einem breiteren Bürgerbündnis gemeinsam eine tatsächliche Alternative aufzuzeigen. Die jetzige Situation läuft auf folgendes hinaus: Entweder es gibt noch eine Runde für Jung oder aber das Spiel geht an die CDU. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, und sehr wahrscheinlich wiederholt sich die Situation, wie wir sie bereits zur OBM-Wahl 2005 erlebten, dass DIE LINKE zugunsten von Jung ihre Kandidaten zurückzieht, um einen CDU-OBM zu verhindern. Muss das sein?

das Spiel geht an die CDU. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, und sehr wahrscheinlich wiederholt sich die Situation, wie wir sie bereits zur OBM-Wahl 2005 erlebten, dass DIE LINKE zugunsten von Jung ihre Kandidaten zurückzieht, um einen CDU-OBM zu verhindern. Muss das sein?

Eine alleinige Kandidatin der Linken hat keine Chance auf das Amt, genauso wenig wie Kandidaten von Grünen oder Piraten. Gemeinsam aber sähe das anders aus und würde sicherlich auch denjenigen in der SPD gefallen, die die sozialdemokratischen Werte noch nicht völlig

über Bord geworfen haben. Immerhin geht es um eine Ein-Personen-Wahl, deshalb sind Abgrenzungsspielchen innerhalb des (mehr oder weniger) »linken Lagers« an dieser Stelle vollkommen unangebracht.

Aber wer weiß, vielleicht bildet sich ja noch ein überparteiliches Bündnis von unten, getragen von städtischen Initiativen und Basismitgliedern der konkurrierenden Parteien, welches den Etablierten den Kampf ansagt. In Leipzig wäre sowas ja durchaus vorstellbar und angesichts der extrem geringen Wahlbeteiligung zur letzten OBM-Wahl für viele sicherlich auch eine tatsächliche Alternative, deren Erscheinen vielleicht auch einen Sinneswandel in den Parteiparaten herbeiführen kann? Es wäre sehr schade, wenn wieder einmal starres parteitaktisches Kalkül dazu führt, dass wir weitere sieben Jahre mit Abwehrkämpfen beschäftigt sind, um den weiteren Ausverkauf unseres städtischen Vermögens zu verhindern. Denn, machen wir uns nichts vor, SPD wie CDU-Kandidaten werden diesen Kurs fortsetzen. Stattdessen wäre ein OBM, welcher offen für Transparenz und den Ausbau des Öffentlichen eintritt und kommunale Unternehmen als Werkzeuge städtischer Politik begreift, ein erster Schritt hin zu einem wirklichen Richtungswechsel in der Stadtpolitik.

Einer der wahrscheinlichen Termine für die Oberbürgermeisterwahl ist der 27. Januar 2013 – der fünfte Jahrestag des erfolgreichen Leipziger Bürgerentscheids für den Erhalt öffentlichen Eigentums. Es wäre schade, zum Jahrestag einem CDU-Bürgermeister oder Jung ein weiteres Mal ins Amt zu verhelfen.

Was macht man,

wenn da einer daher kommt und sich abwertend über Migrantinnen und Migranten äußert? Was macht man, wenn einer im Interview mit der Berliner Kulturzeitschrift »Lettre International« am 30. September 2009 unter dem Titel »Klasse statt Masse« Türken und Arabern »keine produktive Funktion außer für den Obst- und Gemüsehandel« zugesteht, ihnen aber vorwirft, »ständig neue Kopftuchmädchen« in die Welt zu setzen und »durch eine höhere Geburtenrate« Deutschland zu erobern? »Aggressiv und atavistisch« seien sie, sagt da einer und »weder integrationswillig noch integrationsfähig.« Was macht man da?

Nun, man kann das mutig finden, wie z.B. jüngst erst ein Herr Gauck. Man kann, wie die Staatsanwaltschaft, ein Verfahren wegen Volksverhetzung eröffnen und wieder einstellen. Man kann, kommt der Mensch aus der SPD, ein Ausschlussverfahren anstrengen, das scheitert. Man kann, man kann, man kann – nein, man muss sich empören. Dann kann man z.B. protestieren. Zuletzt habe ich das im September mit mehreren Hundert anderen in der steirischen Landeshauptstadt Graz gemacht, wo dieser Mensch, der Thilo Sarrazin heißt, mit seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« auftrat. Man kann daraufhin, wie die konservativ-christliche Österreichische Volkspartei, den Veranstalter aus den eigenen Reihen aus »gesundheitlichen Gründen« sich selbst in den Ruhestand schicken lassen. Nicht wegen des Protestes, aber wegen der für die ÖVP »falschen« Fans von Sarrazin im Publikum und in den medialen Bildern; allen voran der Vorsitzende der fremdenfeindlichen, islamophoben Freiheitlichen Partei Österreichs, Heinz-Christian Strache. Die offenen Agitatoren für Sarrazin entlarvten, was die ÖVP noch etwas verdeckt betreibt.

Man kann sich jedoch auch anders empören und die Aussagen Sarrazins z.B. einer wissenschaftlichen Untersuchung zuführen, wie das Jana Werner mit ihrer Magisterarbeit, »Der »Fall Sarrazin« und die sprachliche Darstellung von (muslimischen) Migranten in ausgewählten Printmedientexten« macht.

Wissenschaft und Empörung, geht das zusammen? Wissenschaft soll sich doch nach landläufiger Meinung sine ira et studio, ohne Zorn und Streben die Wirklichkeit in ihrem »So-sein« verfügbar machen. Das mag stimmen, aber die Wirklichkeit ist komplex – zumal die gesellschaftliche – und sieht aus verschiedenen Perspektiven durchaus verschieden aus. Wenn Wissenschaft deshalb Orientierung für die Annäherung an und Aneignung von gesellschaftlicher Wirklichkeit geben soll, muss sie werten, ja sie hat das Recht und die Pflicht dazu. Emotionen sind dann nicht ausgeschlossen, sind eine Voraussetzung und Folge von Wertung. (...)

Prof. Peter Porsch in seiner Laudatio zu Jana Werners Magisterarbeit, vollständig nachzulesen unter:

www.sachsen.rosalux.de



Jana Werner während ihres Vortrages



Glückwünsche durch die Blume gesprochen: Monika Runge und Manfred Neuhaus
Fotos: Eiltzer/

»Ätzen gegen Migranten«

Die Leipzigerin **Jana Werner** erhielt für ihre Analyse über Aussagen Thilo Sarrazins den Wissenschaftspreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Für LEIPZIGS NEUE kürzte die Germanistin ihren gehaltenen Vortrag

(...) Thilo Sarrazin avancierte hierzu zum Stichwortgeber einer Debatte, die MuslimInnen zu Sündenböcken für gesellschaftliche Missstände machen und erhielt dafür erhebliche mediale Unterstützung.

Der »Fall Sarrazin« – die Bezeichnung verwirrt, denn man könnte zu dem Schluss kommen es handle sich lediglich um ein individuelles Phänomen – begann bereits einige Zeit vor der Veröffentlichung seines zum Bestseller gemachten »Deutschland schafft sich ab«.

Gegenstand meiner Arbeit ist ein Interview, das Sarrazin im September 2009, weniger als ein Jahr vor der Veröffentlichung seines Buches, in der Zeitschrift »Lettre International« unter der programmatischen Überschrift »Klasse statt Masse – von der Hauptstadt der Transferempfänger zur Metropole der Eliten«, veröffentlichte.

Darin ätzte Sarrazin gegen Migranten und wirft insbesondere Türken und Arabern vor »keine produktive Funktion außer für den Obst- und Gemüsehandel« zu haben, »ständig neue kleine Kopftuchmädchen« zu produzieren und Deutschland »durch eine höhere Geburtenrate« zu erobern. Türken und Araber seien – so Sarrazin – in weiten Teilen »weder integrationswillig noch integrationsfähig«.

Ungeachtet zahlreicher empirischer Studien zum Stand der Integration, die allesamt deutlich der gefühlten Empirie Sarrazins widersprechen, erhielt er zunächst viel Zuspruch und seine Auslassungen wurden von seinen Befürwortern als »provokanter Debattenbeitrag«,

»unbequeme Wahrheiten«, »Courage« u. ä. hoch gelobt. Kritiker warfen ihm Rassismus vor.

Nach der Definition des frz. Soziologen und Rassismusforschers Albert Memmi werden beim Rassismus zunächst Unterschiede zwischen Menschengruppen, Kulturen oder Religionen verallgemeinert, als unveränderliche betrachtet und schließlich verwendet, um gesellschaftliche Privilegien zu festigen oder Aggressionen zu rechtfertigen. Rassismus ist in diesem Sinne also stets an Macht und politischen Einfluss gekoppelt.

Grundlage des modernen Rassismus ist zudem der Glaube an eine historisch gewachsene, sowie unausweichliche

ihre Frauen, weil es in der Religion oder Kultur so festgeschrieben sei. So äußerte z.B. auch Thilo Sarrazin im Interview mit LI »Es ist ein Skandal, wenn türkische Jungen nicht auf weibliche Lehrer hören, weil ihre Kultur so ist«, und reproduziert damit bereits bestehende Vorurteile. (...)

Rassistische Diskurse materialisieren sich in der außersprachlichen Wirklichkeit, d.h. das Sarrazin zwar nicht selbst loszieht und auf Muslime schießt, seine Aussagen aber durchaus dazu beitragen ein Klima zu schaffen, das Menschen ermutigt, den Worten »Taten folgen zu lassen«. Mit den Worten von Albert Memmi gesprochen, heißt das: »Der Rassismus ist eine Meinung, aber er ist eine Meinung, die ein Verhalten ankündigt und signalisiert. [...] Der Rassismus ist sowohl die Ideologie als auch die aktive Demonstration der Herrschaft.«

Sarrazins Aussagen gegenüber Lettre International sind als rassistisch zu bewerten, denn sie konstruieren Unterschiede

zwischen Menschengruppen, bewerten und verallgemeinern diese und fordern auf dieser Grundlage die Ausgrenzung von »Leistungsverweigerern«, die dominant als Araber und Türken identifiziert werden, argumentativ ein.

Sprachlich geschieht dies zum Beispiel dadurch, dass Sarrazin Großgruppen von Migranten kategorisiert, denen er bestimmte – zumeist negative – Eigenschaften generalisierend zuordnet. Der Konstruktionscharakter ist insbesondere bei der Gruppe der Araber wissenschaftlich nicht haltbar: Es handelt

Das heißt, dass bestimmte Merkmale allen Personen einer kulturell definierten Gruppe pauschal zugeschrieben werden. Konkret äußert sich das zum Beispiel in der populären und weit verbreiteten Behauptung Muslime unterdrückten ihre Frauen ...

Differenz und Hierarchie der »Kulturen«. Diese werden als essentialistische, also als unwandelbare und somit statische Konstrukte verstanden, die jenseits von Raum und Zeit existieren und sich nicht (weiter-)entwickeln.

Damit einher geht eine Naturalisierung kultureller Eigenschaften. Das heißt, dass bestimmte Merkmale allen Personen einer kulturell definierten Gruppe pauschal zugeschrieben werden. Konkret äußert sich das zum Beispiel in der populären und weit verbreiteten Behauptung Muslime unterdrückten

sich hierbei um eine Population von 230 Millionen Menschen, die in insgesamt 22 als arabisch geltenden Staaten leben.

Die Bewertungen, die diese Großgruppen erfahren, werden durch Konnotationen (z.B. Kopftuchmädchen) bzw. negativ konnotierte Personenbeschreibungen (z.B. »sind aggressiv und atavistisch«) oder Handlungsbeschreibungen (z.B. »weder integrationswillig noch integrationsfähig«) sprachlich realisiert.

In einem nächsten Schritt werden diese Bewertungen verallgemeinert, was sprachlich durch Umschreibungen wie »ein großer Teil«, »sehr viele«, »eine große Zahl« und »überwiegend« realisiert wird. Sarrazin bemüht hier auch Zahlenwerte – bar jeder empirischen Grundlage – wie er später gegenüber der »Süddeutschen Zeitung« zugeben musste. Auf die Frage, woher die Angabe stamme, dass 70 Prozent der Türken und 90 Prozent der Araber von Transferleistungen leben, den Staat ablehnen und sich nicht um ihre Kinder kümmern, antwortete Sarrazin »wenn man keine Zahl hat, muss man eine schöpfen, die in die richtige Richtung weist, und wenn sie keiner widerlegen kann, dann setze ich mich mit meiner Schätzung durch.«

Letztlich ergibt sich der rassistische Charakter seiner Aussagen in ihrer Funktion: Allein die Behauptung Araber seien integrationsunwillig ist für sich genommen noch kein Rassismus. Aber Sarrazin begnügt sich nicht mit dieser, an sich schon falschen Feststellung: Er fordert eine Verknappung von Teilhabechancen für die diskriminierte Gruppe offensiv ein, da die damit einhergehende Verschlechterung der Lebensverhältnisse zu einer Abwanderung der als unproduktiv gebrandmarkten Gruppen führen soll. Bei Sarrazin klingt das so: »Meine Vorstellung wäre: generell kein Zugang mehr, außer für Hochqualifizierte und perspektivisch keine Transferleistungen mehr für Einwanderer.« Die sächsische NPD-Fraktion frohlockte und erklärte in einer Pressemitteilung, Sarrazin habe zentrale NPD-Forderungen aufgegriffen und schlug vor, ihn »trotz seines SPD-Parteibuchs zum Ausländerbeauftragten« zu machen. (...)

Sarrazin hatte mit seinem rassistischen Interview zweifelsohne Erfolg, was vielleicht auch dazu beigetragen hat, dass er sein Buch »Deutschland schafft sich ab« tatsächlich in dieser Form veröffentlichte. Dass er sich zum Zeitpunkt des Interviews mit seinem 10 Monate später erschienen und eineinhalb millionenfach verkauften Machwerkes bereits befasste, ist unbestritten. So kündigte er im Interview bereits an, dass sich »alles empirisch sehr sorgfältig nachzeichnen« lasse.

Dank dem großen medialen Interesse verbreiteten sich seine rassistischen Thesen auch in der Öffentlichkeit. Wilhelm Heitmeyer – Herausgeber der Langzeitstudie zu »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« – konstatiert in Band 8 seiner Studie eine wachsende gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber einer Politik der Ausgrenzung – wie Sarrazin sie eingefordert hatte. Die Gesellschaft entsolidarisiert sich zunehmend, ein Trend, der auch und gerade in höheren Einkommensgruppen und dem sogenannten Bildungsbürgertum zu beobachten ist. (...)



Traurig aber wahr

Die leidige Diskussion um Deckungslücken im Bereich Kultur wird in Leipzig mit nicht zu überbietender Halbherzigkeit geführt.

Weiß der Himmel, wozu wir Stadtväter brauchen, deren Horizont nicht weiter reicht, als den Bürgern die Einsparung von läppischen 1,7 bis 10,3 Millionen Euro schmackhaft zu machen, abzüglich der Kosten, die für die Streich- und Schließgesellschaft actori anfallen.

Und was wird in fünf, spätestens in zehn Jahren passieren?

Dann werden die Stadtoberen wiederum vor dem Problem stehen, 1,7 bis 10,3 Millionen Euro einsparen zu müssen, abzüglich der Kosten – siehe oben.

Nein, vorausschauendes Fahren, wie es von jedem Eleven der Kraftfahrzeugführerkunst verlangt wird, ist ihre Sache nicht, und so lassen sie das Stadtschiff auf unsicherem Kurs schweren und schweren Zeiten entgegenschlingern.

Denn wenn sie scharfe Denker und

Mehr Gerechtigkeit

Lese ich Äußerungen der Linkspartei zur Kulturpolitik, welche zum größten Teil in der Verteilung öffentlicher Gelder besteht, entsteht innerlich der Eindruck, einem Kaffeekränzchen beim Umhäkeln von Taschentüchern zu lauschen. Wird da eigentlich über einen zeitgemäßen und zugleich linksorientierten Kulturbegriff gestritten, bevor es um die Streuung der Brosamen geht?

Leipzigs durch Bevölkerungswachstum wie auch Touristenzahlen dokumentierte Anziehungskraft resultiert zu einem großen Teil aus der breiten, quirligen, vielfarbigen Freien Szene. Geschätzte 50 Prozent aller Kulturbesuche finden in den kleinen Clubs, Galerien, Offbühnen etc.

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, als Ohren- und Zeitzeuge (drei Stunden!) des Rathausforums zum Kultur-Gutachten konnte ich miterleben, wie beredt Sie argumentierten, dass Leipzig ohnehin bevorteilt wäre bei Fördergeldern – Bundesmittel fürs Bachmuseum u. a. –, woraus sich ergäbe, dass wir sparen und »die Kosten deckeln« müssten, nach Ihrer Formulierung. Mein bleibender Eindruck von Ihren Ausführungen ist die völlig defensive Grundrichtung: Also bitte, ergeben wir uns in diese ka-

Über scharfe Denker und wahre Lenker

Empört, bissig ... auch phantasievoll lästernd wird derzeit über Kultur und Geld in Leipzig diskutiert. Leserbriefe füllen die Tageszeitung. Das LEIPZIG NEUE-Januarthema regt weiterhin an und auf. Lesen Sie, bitte!

wahre Lenker mit Mumm in den Knochen wären, kämen sie nicht umhin, und sie unerbittliche Wahrheit ins Gesicht zu schleudern, dass es mit einer Einsparung hier und einer Schließung dort nicht getan ist.

Es gibt nur eine vernünftige und zukunftssträchtige Lösung:

Als erstes sind alle Kultureinrichtungen unverzüglich zusammenzuschließen, am besten in einem einzigen Gebäude und unter absoluter Kontrolle des Oberbürgermeisters. Damit könnten nicht nur Intendanten, Regisseure, Dirigenten und sonstiges Personal eingespart werden, sondern auch Betriebskosten für die stillgelegten Häuser. Darüber hinaus wäre es endlich möglich, Oper, Gewandhaus und weitere DDR-Altlasten auf Asbestverseuchung und Umweltbelastung zu checken.

Als zweites sind die zusammengeschlossenen Kultureinrichtungen gänzlich und unwiderruflich zu schließen. Der Zeitpunkt für diesen Schritt ist durch einen demokratischen Willensbildungsprozess zu bestimmen, wobei fünf Jahre als äußerste Grenze anzusehen sind.

Als drittes wird die Agentur actori beauftragt, ein Konzept über die Verwendung der eingesparten finanziellen Mittel auszuarbeiten.

Im Mittelpunkt dieses Konzeptes steht die Bewerbung für die Durchführung der Olympischen Winterspiele bis zum Jahr 2100. Dabei genießen die Umsiedlung des Fichtelberges samt Pisten und Loipen, die Umgestaltung des Scheibenholzes in eine moderne Schießanlage, die künstliche Beeisung von Elster und Pleiße sowie die Schaffung einer Bob- und Rodelanlage am Fockeberg absolute Priorität.

Das wäre eine echte Lösung, bei der sich ein ordentlicher Batzen Geld auf einen Schlag sparen und sinnvoll investieren ließe.

Doch leider können sich die Leipziger Stadtverantwortlichen nicht zu einem solchen Masterplan durchringen.

Statt dessen gehen sie der Kultur weiterhin nur scheibchenweise ans Leder, bis irgendwann nichts übrigbleiben wird, was eingespart und investiert werden kann.

• Reinhard Lochner

statt. Das Ziel, bis 2013 fünf Prozent vom Kulturretat abzubekommen, ist aber weit entfernt. Setzt sich die Linke energisch für dieses immer noch ausgesprochen bescheidene Anliegen ein?

Vorrangiger ist offenbar die Solidarität mit der Muko. Ein Repertoire wie »Schwarzwaldmädel«, »Graf von Luxemburg« und »Show Biz« trifft da wohl mehr den Geschmack, als irgendsolch neumodisches, schräges Zeug. In anderen Städten sind Musicalbühnen profitable Unternehmen, was in der gesamten Kultur Seltenheitswert hat.

Traditionsorientierte Kultur von internationalem Niveau gibt es in Leipzig mit Gewandhausorchester und Thomanerchor. Das ist unbedingt zu sichern. Die Oper ist Provinz. Trotzdem wird jede Karte mit etwa 220 Euro gestützt. In

Chemnitz ist das bei vergleichbarer Qualität die Hälfte. Wenn intern keine Bereitschaft zum Sparen besteht, muss es durch externe Experten geschehen.

Sich für Gehaltssteigerungen der tariflich Beschäftigten einzusetzen, klingt sehr sozial. Wenn aber die soziokulturellen Einrichtungen ohne eine Masse ehrenamtlicher Tätigkeit gar nicht arbeiten können und viele der Kleinstunternehmer (Kapitalisten!) der Kreativwirtschaft nicht ohne Hartz-IV-Aufstockung überleben, hat das mit Gerechtigkeit absolut nichts zu tun.

Begreift man Kultur nicht als Zierorte, sondern als Lebensmittel für alle, versteht es sich von selbst, dass der entsprechende kommunale und Landes-Etat nicht gekürzt werden darf. Doch es muss drastische Umschichtungen geben.

• Jens Kassner

pitalistische Logik »Für Banken Milliarden, Kultur unter Ulk verbuchen!« Deckel zu, Affe doet.

Mich würde indessen Ihre Antwort auf die Frage interessieren: Wenn Sie schon eine sechsstellige Summe für Gutachten ausgeben, wieso dann für eins mit solchen Vorschlägen, wie die Theater und das Gewandhaus zu schröpfen sind? Weshalb verwenden Sie nicht jene sechsstellige Summe, um Gutachter zu beauftragen, über das Gegenteil nachzudenken: Wo bekommen wir Geld her, um Schauspiel, Operette, Oper und Konzert in unserer Stadt nicht nur im künstlerischen Koma zu erhalten?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich bin überzeugt: Wenn Sie mit gleicher Intensität, mit der Sie die so genannte Einsicht in die Notwendigkeit der Umkehr verfolgen würden, könnte Leipzigs Kunst nicht nur erhalten bleiben, sondern in ein unvorstellbares Blüten ausbrechen. Und wundervollerweise sogar für die freie Szene mehr als ein Notgroschen abfallen. Freilich, ich spreche naiv, als Mitbetroffener.

Mit besten Grüßen von der schreibenden Zunft, Norbert Marohn, Mitglied des VS (Leipzig, 2. 2. 2012)

Scheinriesen und gelbe Zwerge

Um den Verkauf der Stadtwerk-töchter HLKomm und perdata durchzubringen, brauchte der Oberbürgermeister eine Mehrheit. Die Linken wollten nicht, die Grünen fühlten sich von ihm hintergangen und zeigten ihm ebenfalls die kalte Schulter. Selbst die SPD-Fraktion ließ sich nicht in Gänze einfangen. Also ging es auf Mehrheitensuche im kleinstelligen Bereich. So gelang es der gelben Fraktion am Rande des Existenzminimums, für sich künftige Vorteile zu erlangen: Auch sie werden in der künftigen Wahlperiode Sitz und Stimme im kommunalen Aufsichtsrat erlangen. Falls es sie dann noch gibt. Damit die viermal so große Linksfraktion nicht entsprechend mehr Mandate erhält, soll der Verteilungsschlüssel in den Aufsichtsräten geändert werden. Ein demokratischer Parforceritt des ersten Bürgers der Stadt,

... meint
Euer
Lipsius



Die Stecknadel und unerwünschte Proteste

Wer in der Januarstadtratssitzung nach oben schaute, stellte unübersehbar fest, dass sich ab 16.30 Uhr der Rang des Plenarsaales füllte. »Ausverkauft« würde man sicher andernorts schreiben. Aber hier hieß das angekündigte Trauerspiel »Verkauf einer Stadtwerke-Tochter«. Es dauerte drei Stunden und die Akteure, der Oberbürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden und Stadträte agierten je nach Überzeugungslage auch mal laut und heftig.

Während der Diskussionen und Wortgefechte hätte man oft die berühmte Stecknadel zu Boden fallen hören, so still waren die Gäste auf dem Rang. Burghard Jung sprach von einem »wichtigen Signal« und hieß den Käufer Arvato Systems des Bertelsmann-Konzerns willkommen. Die Ruhe der betroffenen Gäste auf dem Rang, kam vor allem deshalb zustande, weil dort oben sämtliche Meinungsäußerungen untersagt sind. Beifall und Pfiffe, wie im richtigen Theater, sind obsolet. Kam es doch zögernd dazu, schaute der OBM strafend zu den Bürgern hinauf.

Einige Stadträte wurden teilweise sehr deutlich. Jens Herrmann von der Linken hielt seinen Diskussionsbeitrag nicht vom Rednerpult, denn er wollte seine »Ablehnung Burghard Jung, vom Saal aus, ins Gesicht sagen«, Wolfram Leuze von den Grünen warf dem OBM »ein nicht mehr hinnehmbares Maß an Falschspielerei vor«, Reiner Engelmann von den Linken bedauerte, dass ein Unternehmen verkauft werde, dessen »Marktchancen noch nicht ausgereizt sind«, deutliche Worte auch von der Fraktionsvorsitzenden Ilse Lauter (siehe Beitrag »Kanzelpredigt«). »Die Weiterentwicklung der LVV zu einer starken Managementholding«, so Malte Reupert von den Grünen, »und das dafür bestellte teure Gutachten, hat die Qualität einer studentischen Seminararbeit.« Reupert äußerte den Verdacht, dass die Ergebnisse vom Auftraggeber, dem Oberbürgermeister, vorgegeben wurden.

Es kam zur namentlichen Abstimmung: ein »Ja« von 37 Stadträten (vor allem CDU-FDP-SPD), ein »Nein« von

32 Stadträten (Linke und Grüne), eine Enthaltung.

Die Belegschaft von Stadtwerke, Wasserwerke und Verkehrsbetriebe wehrte sich längst gegen die geplante Neuausrichtung des Mutterkonzerns LVV. Rund 1500 der insgesamt 5000 Mitarbeiter trafen sich Tage vor der Stadtratssitzung zu einer Betriebsversammlung im Gewandhaus. Um ihren Protest zu unterstreichen, zogen danach 300 LVV-Beschäftigte über den Ring zum Neuen Rathaus zu einer ver.di-Kundgebung. Der OBM kam nicht gut dabei weg.

Die Stimmung ist aufgeladen, denn es kommen Ängste ins Spiel, Ängste um den Arbeitsplatz, die der LVV-Chef Josef Rahmen nicht wirklich widerlegt: »Es soll keine betriebsbedingten Kündigungen geben.« Es war deshalb umso erstaunlicher, dass die Mitarbeiter in besagter Stadtratssitzung so ruhig blieben. Was wäre passiert, hätten sie als Gäste lautstark protestiert? Hätte dann der Hausherr den Rang räumen lassen?

• MIZO

Kanzelpredigt

Der Stadtrat hat mit knapper Mehrheit für den Verkauf der Stadtwerktochter perdata gestimmt.

Die Linksfraktion stimmte dagegen und führte dafür gute Argumente ins Feld. Doch der Oberbürgermeister kanzelte die Fraktion ab, indem er ihr vorhielt, 2006 selbst den Verkauf angeregt zu haben. Und heute wolle sie das Gegen-

teil. Leider vergaß er dabei zu erwähnen, dass er selbst im Jahr 2006 mit einem bis dato beispiellosen Druck den Verkauf der Stadtwerkeanteile als völlig alternativlos darstellte und ein Horrorszenario heraufbeschwor, das dann bekanntlich nicht eingetreten ist. Dabei warf er der damaligen PDS-Fraktion ständige Verweigerungshaltung vor.

Um dem entgegenzutreten, schlugen wir vor, statt die Stadtwerke zu verkaufen,

den Verkauf ihrer Töchter zu prüfen. Das lehnte Jung damals ab – die Töchter seien strategisch zu wichtig. Und heute?

Statt des Verkaufs der Stadtwerke erwartet man von ihnen jährlich 65 Millionen Euro Gewinn.

Gleichzeitig sollen durch Synergieeffekte Kosten in Millionenhöhe eingespart werden. Zwei gerade wegen der Synergie gegründete, strategisch wichtige und gewinnbringende Töchter

werden nun allerdings verkauft. Logisch ist das alles nicht.

Aber Logik ist nicht jedermanns Sache. Ein Oberbürgermeister, der seinerzeit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zum Stadtwerkeverkauf verhindern wollte, sich dann aber geradezu als dessen Erfinder darstellte, ist der beste Beweis dafür. Aber so ein Januartag kommt nicht nur einmal im Leben vor: 2013 sind Wahlen.

• Ilse Lauter



Vor dem Neuen Rathaus darf protestiert werden. Es war(zu?)spät. Fotos: ege

Notizen aus dem Stadtrat

● EINKAUFSMARKT

Der Stadtrat beschloss die Aufstellung, Billigung und Auslegung des Bauplanes »Verbrauchermarkt am Connewitzer Kreuz«. Unter Inanspruchnahme der benachbarten Zwischenbegrenzung soll die vorhandene Kaufhalle von 1969 abgerissen und durch einen vergrößerten Neubau mit 1500 m² Verkaufsfläche ersetzt werden. Außerdem werden in kleiner Anzahl Kfz- und Rad-Parkplätze geschaffen, da die meisten Kunden zu Fuß oder mit Bus bzw. Straßenbahn kommen. Anders als der Einkaufsmarkt an der Kochstraße war dieser als südlicher Abschluss des Stadtteilbandzentrums Karl-Liebknecht-Straße nicht strittig.

● PORSCHE

Mit dem Satzungsbeschluss sowie dem

Städtebaulichen Vertrag zum Plan »Industriegebiet östlich der Radefelder Allee« machte der Stadtrat den Weg für eine Erweiterung des Porsche-Autowerkes in Lützschena frei. Da nicht alle Ausgleichsmaßnahmen auf der Fläche bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft ausreichen, müssen weitere Gebiete in der Stadt und außerhalb genutzt werden. Ein Teil der Ausgleichsflächen bleibt aber noch jahrelang im jetzigen Zustand weil das zunächst nur in einer ersten Etappe gebaut wird. Gemäß einem Antrag der Linksfraktion wird öffentlich über die betroffenen Flächen informiert.

● BRÜCKENNEUBAU

Der Stadtrat beschloss den Antrag der Linksfraktion zu einen Architektenwettbewerbs für den Neubau einer

Brücke für Fußgänger, Radfahrer sowie Rettungsfahrzeuge über die Eisenbahnstrecke in der Straße des 18. Oktober als Verbindung zwischen Völkerschlachtdenkmal und Alter Messe. Für den Ersatz der bisherigen desolaten Brücke bemüht sich die Stadt um Wettbewerbs- Planungs- und Baumittel ab nächstem Jahr. Weiterhin sollen die Vorschläge aus einem Wettbewerb für Landschaftsplaner zur Neugestaltung der Grünachse Straße des 18. Oktober, einschließlich einer möglichen Verlagerung von Veranstaltungen vom Vorplatz des Völkerschlachtdenkmal, schrittweise umgesetzt werden.

● ANALYSE

In den vergangenen Jahren war die öffentlich geförderte Beschäftigung

bundesweit von zahlreichen Neuerungen geprägt. Einerseits waren erhebliche Kürzungen der Mittel zu verzeichnen und andererseits wurden neue Instrumente eingeführt und liefen z. T. auch aus, wie z. B. die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und der Kommunal-Kombi. Das war für verantwortliche Behörden mit beträchtlichem finanziellen und auch Verwaltungsaufwand verbunden. Vor diesem Hintergrund soll, so beschloss der Stadtrat auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, der Oberbürgermeister die Effizienz der Neuerungen evaluieren sowie gegebenenfalls auch die Folgen ihrer Abschaffung sowie die Konsequenzen der Mittelkürzungen für die Betroffenen und die Vereine und Verbände untersuchen.



Ein Name für Millionen

Es geht darum, etwas fürs Leben zu lernen«, so beschreibt Torsten Schleip, Vorsitzender des Leipziger Friedensforums, das Anliegen des Schulprojektes: »Hans Richard Levy – Er war doch nur ein neunjähriger Junge.«

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, dessen Name Sinnbild geworden ist für die Barbarei des deutschen Faschismus. Am 27. Januar 2012, dem Tag des Gedenkens der Opfer des Nationalsozialismus, präsentierte das Friedensforum mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Partei DIE LINKE und der Deutschen Friedensgesellschaft ein Buch, das jungen Menschen antifaschistische Tradition nahe bringen soll. Bei der Präsentation wurden 10 Klassensätze an ca. 400 Schüler aus 6 Schulen in und um Leipzig überreicht. Als Veranstaltungsort diente der stadtbekannt Kinosaal des UT Connewitz, das in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag begeht.

Richard Gauch und Torsten Schleip erzählen in ihrem Buch vom Leben und Schicksal Hans Richard Levys, der am 15. März 1939 seine Heimatstadt Leipzig gemeinsam mit 10 000 Kindern verlies, um im britischen Exil dem Schicksal zu entgehen, das Millionen seiner Glaubensbrüder in Deutschland erleiden mussten: Ein kleines Sterben, um einem großen zu entgehen, und ein Name, der stellvertretend steht für das Leid von Millionen.

Den Redakteuren der MDR-Sendung »Die Spur der Ahnen« gelang es 2009, Hans Richard Levy aufzufindig zu machen und ihn bei einem Besuch seiner Geburtsstadt 70 Jahre später zu begleiten.

Die Dokumentation »Der kleine Junge und die Nazis« verleiht diesem unbekannt Namen Gesicht und seiner Geschichte anschauliche Lebendigkeit.

Leider schafften es die Filmmacher nicht, den Eindruck moralischer Affektiertheit ganz zu vermeiden. Der leise Verdacht einer betroffenen Mine zum bösen Spiel passt zu kritischen Aussagen von Kerstin Köditz. Die Landtagsabgeordnete verwies darauf, dass in Medien öfter die Sicht der Täter auf die Geschichte eingenommen wird, als das Leid der Opfer benannt, geschweige denn die Traditionen des Widerstandes. Der sächsische Staat kriminalisiert antifaschistische Protestkultur, während Initiativen dem Verdacht linken Extremismus unterworfen werden und für Bildung an Schulen um Geld betteln müssen. Denn wie sonst sollte die Unterstützung des Projektes durch die linken sächsischen Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz, Monika Runge, Heike Werner und Volker Külow bezeichnet werden? Ob Almosen oder Engagement, »Staat und Gesellschaft«, so Richard Gauch, »kommen ihrer Verantwortung nicht nach.«

»Reimteufel« Marco Helbig zeigte mit seiner Musik den anwesenden Schülern überzeugend, dass eigenverantwortliches Handeln Spaß machen kann, eher als die etwas verkrampfte Atmosphäre der Podiumsdiskussion. Ihr Adel lag im Motiv, nicht in ihrer jugendgerechten Umsetzung.

Aber das bewahrte die anwesenden Abgeordneten vor dem Verdacht der Stimmenfängerei. Obwohl die Linke als verfassungsschutzmäßig beobachtete – und damit kriminalisierte(!) Partei als einzige ihrer bildungspolitischen Verant-



Landtagsabgeordnete Monika Runge mit einem Stapel Bücher für die Schüler
Fotos: Eiltzer

wortung nachkommt: Mitdenken beim Mitlaufen ist besser, als dem Rattenfänger blind zu folgen, auch wenn er ein friedliches Lied spielt. Die junge Generation, die in Zeiten tiefer Depression um Arbeitsplätze und Perspektiven ringt, muss den Schatten der Vergangenheit ins Auge sehen, ohne sich von ehrlichen und unehrlichen Tränen der Gegenwart blenden zu lassen. Es geht um ihr Leben, und dafür gilt es tatsächlich, zu lernen, auch Politikern auf die Finger und nicht nur auf den Mund zu schauen.

• Roman Stelzig



Juliane Nagel vom LinXXnet – nur wenige Meter vom UT-Connewitz beheimatet – erinnerte an die Todesmärsche.



In dem Alter sind die Ablenkungs- und Aufmerksamkeitsmomente unkonventionell verteilt.

Am 27. Januar wurde weltweit der »Holocaust-Tag« begangen – als Erinnerung und Mahnung an die Verbrechen der Nationalsozialisten und Freude über die Befreiung von »Auschwitz«. In diesem Jahr gab es eine sehr bewegende Rede von Marcel Reich-Ranicki vor dem Deutschen Bundestag. Diese Stunde machte klar, dass es sowohl unter den Opfern als auch unter den Tätern und Mitläufern nur noch wenige Zeitzeugen gibt. (Erschütternd nicht nur die Rede, sondern auch das Verhalten und Aussehen der Fotografen und Journalisten. Fiel das dem »Hohen Haus« und dem Bundestagspräsidenten nicht auf? Wo bleibt da die Ehrerbietung, das Verneigen vor dem Leid?)

Zeitgleich veröffentlichte die Bundesregierung eine Studie, in der darauf hingewiesen wurde, dass 20 Prozent

Schalom, Leipzig!

(XXVI)



der Deutschen latent antisemitisch eingestellt sind. Erschreckend! Mir kam aber auch der Gedanke, kennen diese Menschen überhaupt einen Juden? Was wissen sie denn über das Judentum? Haben sie schon einmal von der Shoah gehört? Oder nur von dieser? Werden da Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit doch gleichgesetzt? Ich habe vor einigen Jahren an dieser Stelle schon einmal anlässlich der Streitigkeiten bei der Errichtung des Ariowitsch-Hauses gefragt, wie die Anwohner wohl reagiert hätten, wenn die zugezogenen Juden in erster Linie

mit vielen Dollars aus den USA gekommen wären?

Apropos Ariowitsch-Haus: Dort gibt es sehr viele Möglichkeiten, sich mit dem Judentum bekannt zu machen, bei interessanten Vorträgen, Musik und Ausstellungen. Man kann auch gemeinsam feiern – z.B. den Sabbat oder jüdische Feste.

Schauen Sie doch einfach mal auf die Homepage des Hauses und kommen zu den Veranstaltungen und noch wichtiger, bringen Sie doch zögerliche Nachbarn mit oder vielleicht sogar den einen oder anderen von den latent antisemitisch eingestellten Mitbürgern. Bildung und Kennenlernen entschärft falsche Urteile. Davon bin ich fest überzeugt.

Schalom,
Ihre Annette Boenheim



Aussage gegen Aussage

Ingolf I. ist wegen fahrlässiger Trunkenheit im Straßenverkehr angeklagt vor dem Leipziger Amtsgericht. Ein Vergehen, das angesichts eines rasant zunehmenden Verkehrsaufkommens und wachsender Aggressivität auf den Straßen wohl in den Augen aller im höchsten Maße zu verurteilen ist. Doch bei dieser Verhandlung lief meines Erachtens etliches erheblich aus der Spur. Sich einander widersprechende Aussagen, schlampige Ermittlungen, erst gar nicht erschienene Zeugen ...

Doch der Reihe nach. Ingolf I., 1969 geboren, ledig, Maurer, ist bislang nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Nach einem Fußballspiel am 4. September 2011, das seine Mannschaft haushoch gewann, fuhr er in strahlender Siegeslaune mit seinem PKW Audi vom Stadionparkplatz nach Hause in die Heinrich-Heine-Straße in Böhlitz-Ehrenberg. An einer Tankstelle traf er weitere feiernde Fußballfans und kaufte sich nach seinen Angaben zwei Flaschen Bier. Mit einem nur vom Sehen her bekannten Fan fuhr er dann zu seinem Heim, wo er den Wagen parkte. Vor dem Haus tranken sie ihr Bier und holten dann später per PKW weiteren Nachschub. Zu dem feuchtfröhlichen Gelage gesellte sich kurzzeitig ein Freund eines Nachbarn, der allerdings nicht mittrank. Ein Anmieter, der sich offenbar durch Lärm belästigt fühlte oder Ingolf I. einfach nur missgünstig gesonnen ist, rief eine Polizeistreife. Dieser Nachbar, der als Zeuge nicht erschien, behauptete, der Angeklagte habe »Sieg Heil« gegrölt und von der Reichskriegsflagge gefaselt. Die Trinkrunde bestreitet diesen Vorwurf vehement. Mit Nazis habe man nichts zu schaffen. Mag sein. Doch Ingolf I., der sein Haar sehr kurz trägt und zur spätsommerlichen Tatzeit mit rasierter »Glatze« auftrat, bot den Polizisten wohl das typische Bild eines Hooligans. Die Alkoholprobe ergab 1,49 Promille.

Die Polizei hat in der Tat nichts wirklich gehört und nichts gesehen. Aussage steht gegen Aussage. Zwei Zeugen sind nicht zur Verhandlung erschienen. Für Richterin und Staatsanwalt eine mehr als dürftige Beweislage. Da aber Justitia guter Rat offenbar gar nicht teuer genug sein kann, muss die Verhandlung vertagt werden. Der neue Termin liegt jedoch um viele Tage nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe, so dass ich leider nichts über das Urteil vermelden kann. Nach ähnlich gearteten Delikten liegt das Strafmaß hochgerechnet bei etwa ab 40 Tagessätzen zu je 30 Euro und einem mehrmonatigen Entzug der Fahrerlaubnis. Allemal besser als eine Anklage wegen verfassungsfeindlicher Äußerungen. Merke: Trinke stets maßvoll und meide tunlichst extreme Frisuren ...

FRANZ HASE

Arbeitslosenzahl schnell in die Höhe

Die Arbeitsagentur musste zwischen Dezember und Januar einen Ansturm bewältigen. Der Stichtagsbestand, der gewöhnlich um Hunderte schwankt, ging um 4287 hoch auf 48574 Betroffene. Neue Quote 12,2 Prozent. Trotzdem sind es 5009 weniger, als vor einem Jahr und somit die niedrigste Januar-Arbeitslosigkeit seit Anfang der 1990er Jahre.

Agenturchefin Elke Griese begründete den Anstieg mit »Jahresendtlässungen«, »Auslaufen befristeter Verträge (Weihnachtshandel)«, »Winterproblemen« und dem »Ende von Maßnahmen des Zweiten Arbeitsmarktes«. Da die Bestandszahl natürlich nicht die Anmeldedynamik abbildet, sei ergänzt, dass 12371 Menschen den Weg zur Arbeitsagentur antreten mussten.

Den größten Anstieg gab es bei den unter 25-Jährigen mit 14,5 Prozent und den 50 bis 65-Jährigen mit 9,2 Prozent. Wirtschaft und Verwaltung meldeten den Agenturen hingegen nur 1436 Stellen – ein starker Rückgang zu Vormonat und Vorjahr. Eine etwaige Behauptung: In Deutschland könnten gute Stellen bereits mit der Gießkanne verteilt wer-

den, muss besonders im Osten als Lüge eingestuft werden. Hunderttausende aus Süd- und Südosteuropa fallen darauf herein – aber auch viele Deutsche. Die Arbeitsagentur rechnet für diesen Monat mit einer nochmaligen Erhöhung der Zahlen und danach mit einem Absinken. Die Pleite eines Großbetriebes wie beispielsweise in Plauen wird nicht erwartet, abgesehen vom »Problem« Schlecker.

Nicht überraschend für Jobcenter-Chefin Dr. Simon stiegen die Arbeitslosenzahlen auch in ihrem Bereich um 1457 Personen auf 26121. Das sind dennoch 2343 weniger, als im Vorjahr. Auch die Zahl der Leistungsempfänger sank zum Dezember um 477 auf 73467 und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 267 auf 44103. Die Zahl der Beschäftigten im Zweiten Arbeitsmarkt verringerte sich um etwa 380. Dr. Simon bestätigte das Ziel, auch Langzeitarbeitslose wieder einer Tätigkeit zuzuführen.

Im Rahmen der Fragerunde übte der Gewerkschaftsvertreter Kritik an teilweise regionalen »Hungerlöhnen«.

• **Joachim Spitzner**

Seit Januar: Dickere Lohntüten

LN. »Sauberer Lohn« fürs Putzen: 7,33 Euro pro Stunde ist das neue Lohnlimit. Die rund 8040 Gebäudereiniger in Leipzig verdienen seit Januar mehr Geld. Darauf hat die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU Nord-West-Sachsen hingewiesen. Eine Reinigungskraft, die Vollzeit arbeitet, habe jetzt monatlich gut 55 Euro mehr auf dem Lohnzettel. Der neue Mindestlohn in der Gebäudereinigung betrage 7,33 Euro pro Stunde. »Kein Unternehmen und kein Privathaushalt in Leipzig darf weniger bezahlen. Wer das tut, macht sich strafbar«, sagt Detlef Zeiß. Der Bezirksvorsitzende der IG BAU Nord-West-Sachsen verweist darauf, dass für Glas- und Fassadenreiniger, die in der Gebäudereiniger-Gewerkschaft sind, ab sofort ein neuer Tariflohn von 9,32 Euro gilt.

Einen kräftigen Zuschlag gibt es auch für die Auszubildenden in der Gebäudereinigung: Im ersten Lehrjahr bekommen sie monatlich 45 und im dritten Lehrjahr sogar 65 Euro mehr – ein Plus von gut 11 Prozent. »Am Ende seiner Ausbildung hat ein Gebäudereiniger-Azubi in Leipzig damit jetzt 650 Euro



Klare Durchsicht ist gar nicht so einfach
Foto: Petra Berger

pro Monat auf dem Konto«, so Detlef Zeiß. Die Arbeitgeber der Gebäudereiniger-Branche hätten eingesehen, dem Nachwuchs mehr bieten zu müssen. So sei es gelungen, den Beruf insgesamt attraktiver zu machen. »Immerhin ist die Gebäudereinigung ein Handwerk. Hier wird eine ebenso saubere wie qualifizierte Arbeit gemacht. Und die hat ihren Preis. Chemie und Materialkunde spielen dabei eine große Rolle. Das ist heute schon fast eine Wissenschaft für sich«, so der Gewerkschafter.

Chronik als Sekundenzeiger



Diese Chronik eigener Art versammelt 259 Textbeiträge aus der LVZ zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 1949, dem Gründungsjahr der DDR.

Erich Loest, seinerzeit Lokal- bzw. Kulturredakteur der LVZ, vermittelt im Vorwort seine Eindrücke aus der Arbeit der Redaktion und geht dabei sogleich auf Distanz: »Niemand, der in diesem Band blättert, sollte vergessen, dass er sich nur zum Teil der Wahrheit über diese Zeit nähert, sondern vor allem über die Propagandamethoden der SED erfährt.« Derart sarkastische Äußerungen prägen seinen gesamten Bericht.

Ungeachtet dessen erhält der Leser mit der Dokumentation eine Fülle von Einblicken in das politische, wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Leben der Stadt. Einige Themen seien zur Veranschaulichung genannt. 15. Januar: Der »Schwarz«-Brotlieferant und seine Komplizen. – 20. Februar: Leipzigs HO-Hotel eröffnet. – 15. März: 21 Millionen

Dollar Exportaufträge. Das vorläufige Ergebnis der Leipziger Frühjahrsmesse. – 5. April: Münzfernsprecher wieder betriebsbereit. – 28. Mai: Franz Konwitschny neuer Gewandhauskapellmeister in Leipzig. – 10. Juni: Zu den Ergebnissen der Volkskongreßwahlen in Leipzig. – 7. Juli: Ein offenes Wort zur gegenwärtigen Kartoffellage. – 7. August: Neue Stromkontingente für die Haushalte. – 8. September: Verbrecherischer Anschlag auf die Einheit. – 8. Oktober: Voller Unterricht an Leipziger Schulen. – 15. November: Begeisterung um eine zwölfjährige Pianistin (Annerose Schmidt) – 22. Dezember: Stalin-Allee in Leipzig.

Über den Erkenntniswert der Texte, die gewissermaßen als Sekundenzeiger der Geschichte fungieren, lässt sich gewiss trefflich streiten. Bei den Älteren wird wohl manche Erinnerung geweckt, bei den Jüngeren möglicherweise manches Fragezeichen, sofern sie überhaupt die für sie archaische Zeit interessiert.

Die Fotos – viele den meisten sicherlich unbekannt – zeigen vornehmlich ein trauriges Stadtbild, geprägt von Trümmerbergen und Ruinen.

Im Anhang kommentiert Mark Lehmstedt, die bescheidene Rolle der DDR-Staatsgründung in der Berichterstattung: »Die Leipziger des Jahres 1949 hatten ... näherliegende und größere Sorgen ...«

Eins bleibt hier zu korrigieren: Nicht mit dieser Staatsgründung wurde die deutsche Teilung auf Jahrzehnte zementiert. Die Gründung der BRD war bekanntlich vorausgegangen.

• **Günter Lippold**

Leipzig wird rot. Das Jahr 1949 in Zeitungsberichten und Fotografien. Lehmstedt Verlag Leipzig. 259 Textbeiträge und 80 Fotos. 302 S., 19,90 Euro



Kundgebung zum Tode Dimitroffs vor dem ehemaligen Reichsgericht, im Juli 1949

Die zerstörte Johanniskirche an der damaligen Hospitalstraße (heute Prager Straße)



Die ausgebombte Hauptpost am Augustusplatz.

Motive: Lehmstedt-Verlag

Anlässlich der Veranstaltung »Um Hoffnung kämpfen – Der lange Weg zum Frieden in Nahost« in der Moritzbastei hatte **CHRISTEL HARTINGER** Gelegenheit, Fragen an die **Alternative Nobelpreisträgerin FELICIA LANGER** zu stellen. Zu den Gästen in der gutbesuchten Ratstonne zählten alle Altersgruppen u.a. auch arabische Ausländerinnen. Eine intensive, kontroverse, offene, aktuelle Debatte. Eine interessante Begegnung zwischen der Leipziger Friedens- und Anti-Neonazi-Bewegung und der prominenten Friedenskämpferin ...

● *Felicia Langer, Sie sind Augen- und Zeitzeugin der seit 1967 andauernden israelischen Besetzung Palästinas, des immer wieder begonnenen und immer wieder durch Israels Politik abgebrochenen Prozesses um gerechten Frieden. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig möglich und nötig?*

Man muss Druck gegen Israel ausüben, weil das Schweigen tötet. Völkerrechtlich haben die Palästinenser das Recht auf Selbstbestimmung und deshalb ist der Druck gerechtfertigt und legitim! Die internationale Solidarität, die es ja gibt, ist auch weiterhin unbedingt nötig und muss wachsen. Die Palästinenser, ein heroisches Volk, die die längste Besetzung in der neueren Geschichte leben müssen, haben diese Solidarität verdient.

● *Immer wieder, so sagen und schreiben Sie, teilen Ihnen Deutsche mit, dass es für sie angesichts der Geschichte des Holocaust sehr schwierig sei, Israels Politik zu kritisieren und zu verurteilen. Was entgegen Sie?*

Erstens – Menschen- und Völkerrechte sind universell und haben überall Geltung. Und zweitens – die Deutschen haben schon einmal geschwiegen, wenn auch in anderer Zeit und anderen Umständen.

Schweigen angesichts von Unrecht hat immer einen Beigeschmack von Mit-Täterschaft. Die Opfer von gestern haben kein Recht, die Täter

Leipzig hat einen Bonus

»Leipzigs Neue« im Gespräch mit Felicia Langer



Langer und Lessing – oder umgekehrt. Beide verbindet ein weites, gedankliches Band und Ideal.
Foto: Gerd Eiltzer

von heute zu sein. Was leider geschieht. Die Deutschen sollen, gerade wegen ihrer Vergangenheit, sich überall dort einmischen, wo völkerrechtlich Unrecht geschieht. Das ist kein Antisemitismus, sondern eine Unterstützung der israelischen Friedensbewegung, die es gibt, die aber in der Regel in den Medien ausgegrenzt bleibt...

● *Für Ihre langjährige Verteidigung palästinensischer Rechte auf ihren Boden, ihre Häuser und Brunnen, ihre Olivenbäume als Juristin bis 1990 und für die Fortsetzung Ihres Kampfes nach der Protestschließung Ihrer Jerusalemer Kanzlei 1990 als Autorin und Publizistin erhielten Sie internationale Anerkennung u.a. durch den Alternativen Nobelpreis und das Bundesverdienstkreuz. Unlängst erfuhren Sie in Berlin eine weitere hohe Ehrung.?*

Ich konnte am 17. Januar dieses Jahres den palästinensischen Orden für besondere Verdienste aus der Hand von Präsident Mahmoud Abbas entgegennehmen. Ich bin tief bewegt von dieser wundervollen und inspirierenden Ehrung, die ich dankbar annahm. Und ich bin sehr glücklich, durch sie in einer Ära der arabischen Revolutionen ausgezeichnet worden zu sein, trotz all ihrer Schwierigkeiten und Rückschläge. Dieser gesegnete Wind der Veränderung wird die Palästinenser nicht vergessen. Wir stehen noch am Anfang. Und wir stehen auch am Beginn der palästinensischen Einheit. Das ist meine Hoffnung ...

● *Felicia Langer, Sie haben schon wiederholt in Leipzig gelesen, gesprochen, gestritten, in der Stadtbibliothek, im Erich-Zeigner-Haus, im Werk II. Genießt unsere Stadt einen besonderen Bonus?*

Ich kann wohl sagen – ja. In Ostdeutschland, Sachsen, in der Leipziger Region müssen neonazistische, antisemitische, ausländerfeindliche Gesinnungen und Gewalttaten, sicher auch im Zusammenhang stehend mit gegenwärtigen sozialen Verwerfungen, entschieden abgewehrt werden. Ich glaube, ich kann dazu einen spezifischen Beitrag geben. Außerdem ist in diesem Bonus die Interviewerin eingeschlossen, die mich seit Jahren unterstützt und – bin ich hier – umsichtig betreut.

Angemerkt:

Seit 1990 lebt Felicia Langer, die aus Polen stammende Jüdin, die vor den Nazis fliehen musste, mit ihrem Mann in Deutschland. Mieciu Langer hatte fünf Konzentrationslager durchlitten und war 1945 bei Kriegsende mehr tot als lebendig gerettet worden. 1949 hatten die beiden in Polen geheiratet. Kurz darauf wanderten sie nach Israel aus.

1959, als ihr Sohn Michael sechs Jahre alt war, begann Felicia Langer ihr Jurastudium; 1965 wurde sie als Rechtsanwältin zugelassen. Sie sah ihre Aufgabe darin, die Unterprivilegierten in Israel zu verteidigen.

Der Sechs-Tage-Krieg 1967 war der Wendepunkt in ihrem Leben. Sie begann, Palästinenser vor israelischen Militärgerichten zu vertreten, kämpfte gegen Enteignung, Häuserzerstörung, Deportation, Folter etc.

Aus ihren Tagebuchnotizen entstanden ihre ersten Bücher:

»With my own eyes« (Mit eigenen Augen, 1974), »These are my brothers« (Diese sind meine Brüder, 1979), »From my diary« (1980), »The story written by the people« (1981), »An age of stone« (Die Zeit der Steine, 1988). Ihre Bücher sind in vielen Sprachen erschienen.
(Quelle: WIKIPEDIA)

Für ihr unermüdliches und unerschrockenes Engagement erhielt Felicia Langer zahlreiche Preise und Auszeichnungen:

1990 erhielt sie mit dem Alternativen Nobelpreis, den *Right Livelihood Award*

1990 wurde sie Ehrenbürgerin der Stadt Nazareth

1991 ehrte sie die Bruno-Kreisky-Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Staates Israel wurde sie 1998 von der israelischen Zeitschrift »You« zu einer der 50 bedeutendsten Frauen der israelischen Gesellschaft gewählt.

Apfels »sächsischer Weg« ins Nichts

Zu den jüngsten Entwicklungen in der sächsischen NPD erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Landtagsfraktion DIE LINKE:

Was die vom NPD-Vorsitzenden Holger Apfel proklamierte „seriöse Radikalität“ bedeutet, ist bei der NPD-Präsidiumssitzung in dieser Woche nachdrücklich verdeutlicht worden. Die Führung der Neonazis verwarf die Einleitung sogar nur eines Schiedsverfahrens gegen das Jenaer NPD-Mitglied André Kapke, der im engsten Umfeld des Terrornetzwerkes »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) aktiv war.

Betrachte ich die Entwicklung der sächsischen NPD, verstehe ich allerdings sehr gut, dass deren Bundesvorsitzender über jedes Mitglied froh ist, das die Partei nicht verlässt. Es verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass die von Apfel beim Parteitag in Ostritz proklamierte »große Geschlossenheit im Landesverband« nicht mehr ist als das berühmte Pfeifen im Walde. Im Landkreis Leipzig halbierte sich in dieser Woche die NPD im Kreistag, ein langjähriger Funktionär trat außerdem aus der Partei aus. Im Landkreis Mittelsachsen wurde der zu Apfel in Opposi-

tion stehende Kreisvorsitzende Wilko Winkler abgelöst. Offenkundig versucht die Landesführung hektisch, diese beiden bekanntermaßen in Opposition zum Kurs von Apfel stehenden Kreisverbände zu disziplinieren. In Chemnitz soll nach Berichten der Kreisvorsitzende Sven Willhardt das Handtuch geworfen haben. Den auf nunmehr rund 20 Mitglieder geschrumpften Kreisverband sollen etliche jüngere, aktive Mitglieder verlassen haben. Widerstand gibt es vor allem bei den bisher mit der NPD verbündeten »Freien Kräften« gegen den »Apfeltreuen« neuen Landesvorsitzenden Mario Löffler. Dessen Stellvertreter Maik Scheffler hat offenbar sein »Freies Netz« nicht mehr im Griff, denn etliche von dessen Gruppen distanzieren sich öffentlich von Löffler. Die Lage ist inzwischen derart dramatisch für die NPD, dass ein Schlichtungsgespräch zwischen den verfeindeten Lagern in Annaberg angesetzt worden ist.

Diese Entwicklung ist im Sinne der Demokratie natürlich zu begrüßen. Nun ist es an der Staatsregierung, diesen Trend zu unterstützen, indem endlich ein konsistentes und die Ressorts übergreifendes Landesprogramm gegen die extreme Rechte vorgelegt wird. (LN)

Mutmaßliche Absage

Zur wahrscheinlichen Absage der Neonazidemonstration am 18. Februar in Dresden erklärt der Vorsitzende der sächsischen LINKEN, Rico Gebhardt:

»Ich freue mich, dass diese unsägliche Neonaziveranstaltung am 18. Februar wahrscheinlich nicht stattfinden wird. Das ist ein großartiger Erfolg, den alle demokratischen Kräfte, die gegen diese Veranstaltung mobilisierten, gemeinsam erreicht haben.

Ich plädiere allerdings auch weiterhin dafür, dass alle Dresdnerinnen und Dresdner und alle Gäste der Stadt am 18. Februar auf den Straßen präsent sind und Gesicht zeigen gegen möglicherweise doch anreisende Neonazis.

Darüber hinaus bitte ich alle diejenigen, die es am 13. Februar, einem Montag, ermöglichen können, der wahrscheinlich dann stattfindenden Neonazidemonstration friedlich und entschlossen entgegen zu treten.« (LN)

Das Sozialamt Leipzig informiert:

Hilfe für wohnungslose Menschen vor der anhaltenden Kälte:
Aufruf zum Handeln!

Das Sozialamt bittet die Leipziger, alle Personen, die im Freien schlafen bzw. übernachten, oder sich in ungesicherten Wohnungen oder Häusern, in Gartenlauben und sonstigen Behelfsunterkünften aufhalten, auf die Hilfeangebote der Stadt Leipzig hinzuweisen.

Die Bürger sind gebeten, die betreffenden Frauen und Männer aktiv aufzufordern, sich zum Schutz vor der Kälte in die Unterkünfte zu begeben und am Tage die Tagesaufenthalte aufzusuchen.

Das Sozialamt bittet die Leipziger, die von Menschen wissen, die trotz der gegenwärtigen Kälte in der Nacht unter freiem Himmel schlafen, die Polizei oder das Sozialamt (Montag bis Freitag, Tel. 0341 123-9139) zu informieren.

11. Januar

Delitzsch: Das bereits in den 1970er Jahren bei Erkundungsbohrungen aufgefundene Vorkommen an Seltenen Erden in der Nähe von Storkwitz soll in den nächsten Jahren von der Heidelberger Deutsche Rohstoff AG ausgebeutet werden. Das Vorkommen von geschätzten 38 000 Tonnen ist das einzige bekannte Vorkommen dieses Rohstoffs in Mitteleuropa.

12. Januar

Dresden: Die sächsische Polizei hat Wohnungen und andere Räumlichkeiten in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg mutmaßlicher Rechtsextremisten durchsucht. Sie sollen sich an einer Demonstration in Stolpen beteiligt haben, bei der Ende September Rechtsextreme in schwarzer Kleidung und weißen Gesichtsmasken aufgezo-gen waren.

15. Januar

Meerane: Ein 54-Jähriger ist in eine Bäckerei eingebrochen und hat dort seelenruhig auf die Polizei gewartet. Der Mann hatte die Scheibe eingeschlagen und war in das Haus geklettert. Als Motiv nannte er: er wolle ins Gefängnis, weil er sich dort nicht um seinen Lebensunterhalt kümmern muss. Da keine ausreichenden Haftgründe vorlagen, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

18. Januar

Dresden: Schüler und Studenten haben in Dresden gegen Einsparungen im Bildungsbereich protestiert. Im Stadtzentrum hielten sie Vorlesungen unter freiem Himmel ab. Von den Kürzungen sind unter anderem die Studiengänge Geografie, Verkehrswissenschaften und Romanistik betroffen. An Schulen und Beruflichen Schulzentren richteten sich die Aktionen gegen die Schulnetzplanung der Stadt.

20. Januar

Schwarzenberg: Die Wohnungsgenos-

SACHSEN-CHRONIK

zusammengestellt von Helmut Ulrich

senschaft Schwarzenberg bietet die Leerstände ihrer insgesamt knapp 1.900 Quartiere jetzt in einer Zeitung in Tschechien an. Besonders für das grenznahe Johannegeorgenstadt fand das Angebot großes Interesse.

23. Januar

Sehmatal: Nach Erkenntnissen der Polizei wurde ein Altkleider-Container am Sonntag mit illegalem Feuerwerk, einer sogenannten Kugeklombe, gesprengt. Bei der Explosion war der Kleider-Container zerfetzt worden. Durch die Wucht wurden zudem zwei Altglas-Behälter zerstört. Die Trümmerteile flogen bis zu 30 Meter weit.

24. Januar

Leipzig: Das 2010 nach einer umfangreichen Rekonstruktion und Umgestaltung neu eröffnete Bach-Museum wurde für den Europäischen Museumspreis 2012, für den sich noch weitere 58 Häuser beworben haben, nominiert. Die Dauerausstellung ist Johann Sebastian Bach und seiner Familie gewidmet. Auf einer Fläche von 750 Quadratmetern werden Bach-Handschriften und andere Raritäten präsentiert. Seit der Neueröffnung ist auch der barocke Sommersaal mit seiner Musikergalerie und Schallkammer wieder zugänglich.

25. Januar

Spremberg: Zur Erinnerung an die Evakuierung tausender Kriegsgefangener vor 66 Jahren im polnischen Zagan stellen Angehörige der britischen Luftwaffe vor Ort den langen Marsch nach. Heute waren die 42 Uniformierten, unter ihnen

auch zwei Veteranen, von Bad Muskau in Richtung Spremberg unterwegs. In Sagan befand sich während des Zweiten Weltkrieges das größte Kriegsgefangenenlager für Angehörige von Luftwaffeneinheiten aus Großbritannien, Kanada, USA und Neuseeland, in dem etwa 15 000 Menschen inhaftiert waren.

Hermisdorf: Am kommenden Sonntag beginnt der Schneeskulpturen Wettbewerb am Alten Zollhaus in Hermisdorf. Neun Künstler schaffen mit Schaufel, Spaten und Leiter ihre eisigen Kunstwerke. Nach der Prämierung am 2. Februar sind die Skulpturen so lange zu sehen, bis der Schnee schmilzt.

26. Januar

Leipzig: Christine Löchner vom Bürgerbüro der Linkspartei in Leipzig wird seit Anfang der Woche massiv von Neonazis mit Mord und Vergewaltigung bedroht. Sie hatte zuvor E-Mails mit rechter Propaganda von einem Absender mit Namen »deutsches Reich« erhalten und darauf mit einer ironischen Antwort reagiert. Daraufhin erhielt sie diese Drohungen. Inzwischen hat sie Strafanzeige gestellt.

Bautzen: Das Land Sachsen fördert ab sofort den kommunalen Bau von Mitfahrparkplätzen zu 90%. Der Landkreis Bautzen nutzt dies als erster. In diesem Jahr werden Parkplätze an der A4 in Bautzen-Ost, Salzenforst, Burkau und Ohorn errichtet. Für Burkau und Ohorn liegen schon genehmigte Förderanträge vor.

27. Januar

Dresden: Die Polizei hat Arztpraxen in Arnsdorf, Dresden, Löbau und Radebeul durchsucht. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Dresden besteht der Verdacht des Abrechnungsbetruges. Einem Arzt und einer Geschäftsführerin wird vorgeworfen, seit 2009 Abrechnungen gefälscht zu haben. Die beschlagnahmten Computer und Unterlagen werden derzeit ausgewertet.

30. Januar

Bischofswerda: Mehrere Autofahrer haben um häufigere Tempokontrollen auf der neuen Umgehungsstraße von Bischofswerda gebeten. Grund seien die zahlreichen Raser auf der sechs Kilometer langen Strecke, teilte die Polizei mit. Bisherige Kontrollen hätten ergeben, dass fast jedes zweite Auto zu schnell unterwegs ist. Auf diesem Abschnitt der B 98 ist nur Tempo 50 erlaubt.

2. Februar

Zittau: Die Hochschule Zittau / Görlitz ist einer der Preisträger des Wettbewerbs »Hochschulinitiative«, der jährlich für die neuen Bundesländer stattfindet. Mit dem mehrstufigen Themenkomplex »Kommunizieren« überzeugten die Oberlausitzer. Sie wollen eine Media-Plattform schaffen, über die nicht nur Informationen ausgetauscht werden, sondern interaktive Lehr- und Lernprozesse ablaufen.

3. Februar

Dresden: Auf der Elbe in Sachsen behindert Treibeis die Schifffahrt. In allen Häfen zwischen Dresden und Torgau gibt es geschlossene Eisdecken. Die Häfen sind mit einer bis zu zehn Zentimeter dicken Eisschicht bedeckt. Eisbrecher sind im Einsatz, damit Häfen und Flüsse nicht zufrieren. Einige Fähren haben bereits ihren Betrieb eingestellt. Es wird erwartet, dass das Eis in den nächsten Tagen noch zunimmt.

Antwortsuche zu immer noch brennenden Fragen

Eine emotionaler Diskussionsabend mit Dietmar Keller in Leipzig

»Letzten Endes wollte ich Ideale durchsetzen, die dieses System zwar postuliert hatte, jedoch mit ihm unvereinbar waren«, bekennt Dietmar Keller im Epilog seiner »unzeitgemäßen Erinnerungen« – überschrieben mit »In den Mühlen der Ebene«. Rund 75 Interessierte waren der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in die Harkortstraße gefolgt. Kaum einer dürfte dabei gewesen sein, der nicht auf persönliche Begegnungen mit dem Autor auf dessen Weg vom SED-Funktionär an der KMU bis zum letzten DDR-Kulturminister verweisen konnte. Umso seltsamer mutete zunächst die minutenlange Stille nach der Lesung einiger Passagen aus dem Buch an. Nachdem das sprichwörtliche Eis gebrochen war, folgte eine mehr als 70minütige Diskussion, zeigte sich, dass das Schweigen kein Affront oder gar unausgesprochene Kritik am Autor sein sollte. Ganz im Gegenteil, das Auditorium war sich darüber einig, dass Keller keines der devot dem Zeitgeist geschuldeten oberflächlichen Erinnerungsbücher vorgelegt hat. Als zutiefst persönliche Lebensbilanz geschrieben, beein-



Nach der »Stille« begann die Diskussion: Moderator Manfred Neuhaus (Mitte), hier im Disput mit Schriftsteller Helmut Richter und Dietmar Keller.

Fotos: Hartwich Runge

druckt die Ehrlichkeit des Autors, aber vor allem sein Bemühen diese mit einem analytischen Angebot zu verbinden. »Ich schäme mich nicht für die DDR«, so Dietmar Keller, »aber es lässt mich noch immer nicht schlafen, dass der (Sozialismus)-Versuch zum Teufel geritten wurde«. Über die dabei praktizierten Mechanismen und subjektive Anteile daran, müsse weiter und ohne Vorbehalte gesprochen werden, ohne dabei das Lebenswerk von Millionen DDR-Bürger in Misskredit bringen zu wollen. Betroffen machten die von Keller vermittelten Einblicke in den Umgang mit Andersdenkenden in der PDS, bereits wieder Anfang der 1990er Jahre. »Zeitzeugen können zu grimmigen Feinden der Geschichte werden«, hatte Moderator Manfred Neuhaus eingangs gewarnt. Im Falle Dietmar Keller und seines Buches behielt er Recht. Nicht verwunderlich der Wunsch in der Runde, dass dieses nicht sein letzter Beitrag zu einer noch lange nicht abgeschlossenen Debatte unter den Linken sein dürfe.

• Manfred Thomas

Musik, Wissenschaft, Sekt und Gäste beim Neujahrsempfang



Valentina Wachtel sorgte für besondere Töne am Klavier/ Preisträgerin Jana Werner und Simon Zeise mit Nachwuchs / Publikum hier noch ohne Sektglas

Fotos: Eiltzer /Runge

Dresden, 21. Februar, Dienstag, 18.00 Uhr
Vortrag und Diskussion

Reihe: Junge Rosa — Energiewende sozial gerecht umsetzen
Mit Marco Böhme
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Der Anfang vom Ende der Atomkraft wurde beschlossen – wann es ein Kohleausstiegszenario gibt, ist noch ungewiss. Doch was kommt danach? Düstere Bilder zeichnet die deutsche Wirtschaft an die Wand - steigende Strompreise, Versorgungsengpässe und tausende Arbeitslose. Und warum ist es überhaupt notwendig elektrische Energie anders zu gewinnen? Kohle ist doch genug da und in Europa seien die Kernkraftwerke sicher. Diese und andere Fragen wird Marco Böhme, Aktivist von Klimagerechtigkeit Leipzig und Mitautor der Eckpunkte zur Energiestrategie der LINKEN Sachsen mit euch diskutieren. Er skizziert, was heute getan werden muss, um morgen eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen. Und das ganze für alle bezahlbar. Diese Reihe richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene.

Leipzig, 27. Februar, Montag, 18.00 Uhr
Vortrag und Diskussion

Rechtspopulismus in Österreich
Mit Prof. Dr. Peter Porsch
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Europas Länder werden immer mehr von rechten Parteien unterwandert, wobei Österreich als Vorreiter gilt. Die FPÖ war dort laut einer Umfrage im Mai 2011 stärkste Partei.

Was heute üblicherweise als »rechtspopulistisch« eingeordnet wird, erweist sich bei näherem Hinschauen als gefährliches Konglomerat von militanten Rechtsradikalen, Deutsch-Nationalen, Ausländerfeinden, nationalistischen EU-Kritikern und Islamophoben mit einer breiten Basis in der Bevölkerung.

Es soll der wechselvolle Weg dieser Partei, die sich selbst als »soziale Heimatpartei« bezeichnet, durch die österreichische und europäische Nachkriegsgeschichte aufgezeigt werden.



Mehr als 2000 Jahre alt und immer noch in Benutzung. Die Römische Brücke über den Tajo in Alcantara.

Landschaft jenseits der Zeit

Unterwegs in der Extremadura – dem Aschenputtel Spaniens
Reiseindrücke in Wort und Bild von Michael Schulze

Auf den Spuren der Konquistadoren

Alía ist eine Gemeinde im Osten der Extremadura, fernab der Gegenwart. In den 1950er Jahren lebten in dem gebirgigen Landstrich fast 6000 Menschen. Seit Jahrzehnten werden es immer weniger. Wer kann, flieht in die großen Städte, nach Cáceres und Badajoz, den beiden Provinzkapitalen im Westen, oder gleich nach Madrid oder Barcelona. Heute zählt man in dem sechshundert Quadratkilometer großen Gebiet nicht mal mehr 1000 Seelen. Trotz der Abgeschiedenheit benutzen Jahr für Jahr tausende Touristen die kurvenreiche Landstraße nach Alía. Doch nicht um zu bleiben, sondern weiterzufahren nach Guadalupe, dem Zentrum der Hispanität. Das Real Monasterio de Nuestra Señora war bis zur Säkularisation im Jahr 1835 das wichtigste Kloster Spaniens und ist seit 1993 Weltkulturerbestätte. König Alfons XI. ließ das festungsartige Gotteshaus im 14. Jahrhundert errichten, nachdem er die Mauren in der Schlacht am Salado besiegte und dies dem Beistand der kleinen, schwarzen Madonna von Guadalupe, einer geschnitzten romanischen Marienfigur, zuschrieb.

In der Wallfahrtsstätte unterzeichneten die Katholischen Könige die Urkunden, die Kolumbus die Schiffsfahrt nach Amerika ermöglichten. Viele Konquistadoren erlebten für ihre gefährlichen Unternehmungen den Segen der Heiligen Jungfrau. Vor den Augen der Schutzpatronin ließ Kolumbus Indios taufen, die er von seiner zweiten Reise mitbrachte. Da die Mönche des Klosters eine harte Feudalherrschaft ausübten, waren die Beziehungen zu dem im Schatten des Klosters gelegenen La Puebla nicht immer gut. Wie überall in diesem von religiöser Inbrunst und kriegerischer Vergangenheit geprägten Land »jenseits des Flusses Duero« herrschte bittere Armut. Es ist daher nicht verwunderlich, dass viele der Konquistadoren, der Eroberer der Neuen Welt, aus der Extremadura stammen. Von Goldgier getrieben

zogen sie aus, um ihr Glück jenseits des Ozeans zu finden. Mit Schwert und Kreuz, mit denen man schon die Mauren besiegte, bekehrte man nun ungläubige Eingeborene in Übersee. Wortbrüchig und gottesfürchtig, grausam und kühn zerstörten die Abenteurer, Glücksritter und Visionäre die indigenen Hochkulturen und gleichzeitig die Grenzen des alten Weltbildes.

Westlich von Guadalupe erreicht man mit Trujillo die Wiege zahlreicher Konquistadoren. Sowohl Francisco Pizarro, der Eroberer des Inkareiches, als auch Francisco de Orellana, der als erster Europäer den Amazonas von West nach Ost befuhr, wurden hier geboren. Weiter südlich erblickte in Medellín der Eroberer des Aztekenreiches, Hernán Cortés, das Licht der Welt. Ganz im Süden liegt Jerez de los Caballeros, die Geburtsstadt des ersten Europäers, der den Pazifischen Ozean erblickte: Vasco Núñez de Balboa.

Die Silberstraße

Die Heimat der Konquistadoren wurde trotz der Eroberungen in Übersee nicht reich. Zwar werden auf ihren Feldern bis heute die Kulturpflanzen der Neuen Welt, wie Tomaten, Mais, Kartoffeln oder Paprika angebaut. Aber mit dem Gold und Silber finanzierte man kostspielige Kriege und adelige Prunkbauten. Der Handel und das Handwerk verloren durch die Vertreibung der Juden und Morisken (zum Christentum konvertierte Mauren) zusätzlich an Bedeutung.

Heute versucht man in der Extremadura wenigstens aus dem stolzen historischen Erbe Kapital zu schlagen. In dem agrarisch geprägten Landstrich, eingeklemmt zwischen dem spanischen Kernland, Andalusien und Portugal, setzt man weitab der Küste und großen Städte verstärkt auf Tourismus. Neben der kulturhistorischen Route der Konquistadoren, erinnert man sich auch einer anderen stolzen Vergangenheit: an die Zeit der Römer. Entlang der antiken Silberstraße, die sich 300 Kilometer quer durch das Land

schlingelt und Andalusien mit Nordspanien verbindet, entstanden in den letzten Jahren zahlreiche Herbergen, Informationszentren und Museen, wofür man ungenutzte Industrieanlagen, verwaiste Paläste und alte Kirchen umfunktionierte. Damit einher gingen EU-finanzierte Wiederaufforstungen, Restaurierungen von Burgen, Aquädukten und Thermen sowie neue archäologische Ausgrabungen.

(bitte auf Seite 13 weiterlesen)



Wiege der Konquistadoren: Der Plaza Mayor von Trujillo mit Reiterstandbild von Pizarro

Kloster-
garten
von
Yuste.
Letztes
Refugium
von
Kaiser
Karl V.



Einst
wehrhafte
Burg
gegen die
maurischen
Eindringlinge,
heute
nur noch
Filmkulisse

Aschen-
puttel
Spaniens.
Ein
zerfallenes,
aber noch
bewohntes
Haus



»Castillo«
im Armen-
viertel von
Badajoz.
Zwischen
Zerfall
und
Rausputzen

Ursprünglich diente die *Vía de la Plata* den Römern als Wehr- und Handelsstraße, wobei der wohlklingende Name »Silberstraße« vermutlich eine Phantasiebezeichnung ist, da man nur im äußersten Norden vereinzelt Edelmetalle fand. Glaubhafter erscheint, dass der Name eine Ableitung vom lateinischen *Platea*, der öffentlichen Straße, oder dem arabischen *Balath*, Hauptweg ist. Schlicht *Via 24* hieß der lange Weg bei den Römern, in späteren Zeiten erhielt er den Beinamen »Camino mozára«,

Weg der Mozaraber (arabisierte Christen), die die Silberstraße auf ihrer Pilgerschaft nach Santiago de Compostela nutzten. Aus den zahlreichen kulturhistorisch bedeutenden Stätten an der *Vía de la Plata* ragen die mittelalterliche Altstadt von Cáceres und die römischen Zeugnisse von Mérida, die beide zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören, hervor.

Von König Adebar und Kaiser Karl

Doch die Region hat nicht nur Kultur zu bieten. Sie präsentiert sich dem Naturliebhaber mit beeindruckenden, zum Teil unwirklichen Landschaften, so still und weit, in denen die Zeit stehen geblieben zu sein scheint. Auf die gesamte Region verteilen sich mehr als 50 Naturräume. Trockene, steppenartige Gegenden lösen sich mit einer an Wasserreichtum – in Form von Stauseen, Talsperren und den beiden Flüssen Tajo und Guadiana – einzigartigen Flora und Fauna ab. Wildkatze und Fischotter sind hier ebenso zu Hause wie Gänsegeier und Wanderfalke. Die Pflanzenwelt überrascht mit Stein- und Korkeichenwäldern, Olivenhainen und Weinhängen, Kirsch- und Orangenbäumen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Storch. König Adebar ist überall und zahlreich anzutreffen. Ob auf Glockentürmen, Verkehrsampeln, Lichtmasten – überall baut er seine Nester und begrüßt mit dem typischen Klappern seines Schnabels schon von weitem. Auch Kaiser Karl V. schätzte die Natur dieses Landstriches. Der zu seiner Zeit mächtigste Mann der Welt, der ein Reich beherrschte, in dem die Sonne nicht unterging, zog sich 1556 amtsmüde in das Vera-Tal im Nordosten der Extremadura zurück, wo er zwei Jahre später auch verstarb. Er suchte und fand Ruhe im Kloster Monasterio de Yuste. Von Gicht und Asthma geplagt, nahm der Monarch hier Abschied von der Welt. Den Leichnam ließ sein Sohn Philipp II. 1574 in die Königsgruft des Escorial, dem neugeschaffenen Zentrum des spanischen Imperiums, bringen. Das Privileg

der Weltabgeschiedenheit, fern jeglicher Gegenwart, sollte Karl verwehrt bleiben.

Das Armenhaus Spaniens

Die Extremadura ist nach wie vor die ärmste der 17 spanischen Regionen und ein Synonym für Hoffnungslosigkeit und Unterentwicklung. Dass man durch die verstärkte Hinwendung zum Tourismus die Landflucht aufhalten und die wirtschaftliche Isolation überwinden kann, ist nur schwer vorstellbar. Gerade in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise drohen eher Staatsbankrott und Totalausverkauf. Die hohe Arbeitslosenquote, gerade der unter 25jährigen, die enorme Verschuldung der öffentlichen Haushalte oder die gestiegene Schattenwirtschaft bilden eine düstere Wirklichkeit ab. Und diese trifft das Aschenputtel Spaniens doppelt hart. Es kann sich in dieser Hinsicht der Gegenwart nicht mehr entziehen.

Konquistadoren:

spanische Eroberer von Mittel- und Südamerika im 16. Jahrhundert, die auf ihren Expeditionen die indianischen Reiche unterwarfen

Extremadura:

historische Provinz und Landschaft in Spanien, an der Grenze zu Portugal



Der eigentliche Herrscher der Extremadura: König Adebar, ganz hoch oben

Monte Christo, Orangen und eine Idee

Mit lautstarkem Beifall demonstrierten die Besucher der ausverkauften deutschen Erstaufführung des Musicals »Der Graf von Monte Christo« für den – inzwischen vom Oberbürgermeister zugesagten – Erhalt der »Musikalischen Komödie«.

Das von Frank Wildhorn (Musik) und Jack Murphy (Buch und Songtexte) geschaffene, auf Alexandre Dumas basierende Stück bietet reichlich Möglichkeiten für alle Akteure einschließlich der Komparserie. Der Regisseur Cusch Jung entwickelt ein denkbar lebendiges, immer neue Elemente ins Spiel bringendes Geschehen auf der von Karin Fritsch mit einfachen Mitteln, vor allem Projektionen, ideenreich gestalteten Bühne.

Schon mit der zünftigen Verlobungsfeier des später zum Grafen mutierenden, jungen Kapitän Edmond Dantés, die mit dessen Verhaftung jäh endet, sind Chor, Tanzgruppe und Komparsen in turbulenter Bewegung zu erleben. Marc Clear als Gast in der Titelrolle beeindruckt bereits hier mit seiner im ganzen Handlungsverlauf bewiesenen darstellerischen und auch stimmlichen Wandlungsfähigkeit. Ebenso zeigt sich die für diese Inszenierung verpflichtete Marysol Ximénez-Carillo als dessen Verlobte Mercédés.

Andreas Rainer, Milko Milev und Kostadin Aguirov vom Ensemble bleiben als deren fiese Gegenspieler nichts schuldig. Dazu bieten Sabine Töpfer als resolute Louisa Vampa und der Regisseur Cusch Jung als eingekerkelter Abbé Faria komödiantische Kabinettstücke. Zudem lässt es sich der Fechtmeister Peter-Paul Stampf nicht nehmen, als stämmiger Seemann Jacopo selbst gegen Edmond anzutreten.

Energisch, und wo gefordert, auch verhalten musiziert das Muko-Orchester unter der temperamentvollen Leitung Stefan Diederichs.

Zwei Jahre nach der Premiere wurde Wolfgang Engels Inszenierung von Sergej Prokofjews Oper »Die Liebe zu den drei Orangen« wieder in den Spielplan aufgenommen. Gundula Nowack sorgte mit ihrer szenischen Einstudierung für das lebendige, pointierte Bühnengeschehen in nahezu gleicher Besetzung wie vor zwei Jahren. Martin Petzold als Spafmacher Truffaldino und der Schauspieler Friedhelm Eberle als vom Regisseur erfundene Prinzipal der Theatertruppe wecken auch diesmal die größte Aufmerksamkeit. Dass nach den originellen, leider wieder eingestellten Inszenierungen »Oper am Klavier« im Kellertheater noch niemand auf die Idee gekommen ist, Gundula Nowack eine Inszenierung auf der Hauptbühne, etwa einer Lortzing-Oper, anzuvertrauen, gehört wohl zu den Wunderlichkeiten des Hauses.

• Werner Wolf

Ungewöhnlich, betörend auch störend

Als erster Dirigent im neuen Jahr stand Vladimir Jurowski am Pult des Gewandhausorchesters. Ihm diente Mozarts kleine Sinfonie G-Dur KV 318 zum Einstimmen in ein ungewöhnliches Programm. Dann erklang erstmals in Deutschland das Klarinettenkonzert der in Paris lebenden finnischen Komponistin Kaija Saariaho (geb. 1952). Es mischt den traditionellen Klang des Soloinstruments mit ungewöhnlichen Tönungen und Geräuschen. Der meisterliche Solist Kari Kriikku blieb anfangs unsichtbar und fand nur langsam gehend auf die Bühne.

Im zweiten Teil war die 1981 für das Neue Gewandhaus geschaffene dritte Sinfonie des 1998 gestorbenen Alfred Schnittke erstmals in Leipzig wieder zu hören. Vladimir Jurowski führte das Orchester mit suggestiver Kraft zu einer überzeugenden Wiedergabe.

Mit Semyon Bychkov folgte ein weiterer aus Russland kommender Dirigent. In großer Besetzung führte er die Gewandhausstreicher in Arnold Schönbergs ursprünglichem Sextett »Verklärte Nacht« zu einem betörenden, voluminösen Klanggeschehen.

Wie diese Gewandhauskonzerte waren auch die folgenden mit national geprägten

Programmen nicht ganz ausverkauft. Etwas mehr Neugier auf weniger Bekanntes und Neues wäre den Besuchern der Gewandhaus- und der Rundfunkkonzerte zu wünschen. Der finnische Dirigent Osmo Vänskä setzte sich diesmal für den dänischen Meister Carl Nielsen ein. Das vom Komponisten in der Konzertouvertüre »Helios« gefeierte südländische Sonnenlicht wollte in der robusten Art Vänskäs nicht so recht glänzen. Auch in Niensens großartiger fünfter Sinfonie betonte der Dirigent das Kraftvolle, musizierte jedoch über feine Stimmungen hinweg. Interpretatorischer Höhepunkt dieses Abends wurde dank der feinsinnigen Gestaltung des Altmeisters Menahem Pressler Mozarts Klavierkonzert B-Dur.

Der vielversprechende junge tschechische Dirigent Tomáš Netopil dirigierte zwar Werke berühmter Komponisten seines Landes, aber eben hier noch nicht oder selten gespielte wie Janáček's Rhapsodie »Taras Bulba«. Dass Dvoráks klangprächtige sinfonische Dichtung »Das goldene Spinnrad« noch nie in einem Gewandhauskonzert zu hören war, möchte man fast nicht glauben.

Das MDR-Sinfonieorchester sorgte sich nach der Aufgabe der einst begehrten Dienstag-Sinfoniekonzerte um die dafür begonnene »Reihe eins«. Doch die für die einzelnen Konzerte gewählten Titel wirken gesucht, die eingefügten Lesungen eher störend als anregend.

• W. W.

Christa-Wolf-Ausstellung im Landtag

Drei Buch-Fragen an Dr. Volker Külöw, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

● *Zum ersten Mal nach dem Tode von Christa Wolf wird eine Ausstellung über ihr Leben und Wirken gezeigt – was für Exponate aus welchen Quellen sind zu sehen, wo und wie lange werden sie der Öffentlichkeit zugänglich sein?*

Die Ausstellung, die bis zum 2. März in der Lobby der 4. Etage des Landtags zu sehen sein wird, versucht drei wichtige Aspekte des Schaffens von Christa Wolf widerzuspiegeln: Wir bemühen uns, ihr gesamtes literarisches Werk, das in Buchform erschienen ist, vorzustellen. Zweitens werden wir elektronische Aufzeichnungen einiger ihrer öffentlichen Auftritte und Interviews zeigen, darunter die legendäre Rede auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989. Und

last but not least haben wir Zeitungsarchive ausgewertet und zeigen anhand der großen Feuilletons, mit welchen verblüffenden Nuancen die Autorin in Ost und West in Zeiten der deutschen Teilung und nach der erreichten Einheit kontrovers rezipiert wurde. Großformatige Porträtfotos von Christa Wolf geben der Ausstellung darüber hinaus einen würdigen äußeren Rahmen.

● *Was hat Sie dazu bewegt, gerade diese Ausstellung zusammenstellen?*

Hauptmotiv für die Initiative war die tief empfundene Trauer über den Tod von Christa Wolf. Volker Braun stellte in seiner Grabrede fest: »Wohl nie hat so viel Liebe eine Tote zum Grab geleitet.« Wir wollen dokumentieren, wie lebendig ihre grenzüberschreitenden Bücher auch in Zukunft bleiben und auch den nachfolgenden Halt und Zuversicht in schwierigen Zeiten zu geben vermögen.

● *Die Eröffnungsveranstaltung befasste sich auch mit Defiziten der Kulturförderung in Sachsen – welche Impulse gibt da u.a. Peter Sodann mit seiner Sammlung der Kulturarbeit im Freistaat?*

Mit der Bibliothek zur DDR-Literatur, die nunmehr im sächsischen Staucha entsteht und demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt wird, bewahrt er in singulärer Weise das gedruckte kulturelle Gedächtnis Ostdeutschlands – und damit auch Sachsens – zwischen 1945 und 1990. Diese einmalige Einrichtung, die ja noch um ein kleines Theater erweitert werden soll, wird hoffentlich bald auf neuartige Weise zeigen, was Kultur im ländlichen Raum vermag. Angesichts der Aushöhung des Kulturraumgesetzes wäre das ein wichtiges Zeichen. Vielleicht befördert Sodann auch die Diskussion um ein Bibliotheksgesetz, das wir erforderlich halten.

(Fragen: Marcel Braumann / Foto: Elke Fahr)



Erinnert sich noch jemand daran, dass es mal eine Umfrage gab, in der sich ein Großteil der Befragten Günther Jauch als Bundespräsident vorstellen konnte? Wie weit ist eigentlich die mediale Verblödung fortgeschritten, um zu so einem Ergebnis zu kommen. Muss man darüber auch noch schreiben?

Mich drängt es. Weil sich gerade in den letzten Tagen der Medienmensch Jauch wieder mal verselbstständigte. Überall groß angekündigt, die 1000. Sendung des Fragespiels »Wer wird Millionär«, in der mit Geldsummen gehandelt wird, als wäre es Spielgeld.

Jauch traf da die Fernsehgesichter, die man nicht kennen muss, denen man aber nur selten ausweichen kann, wenn man

FF dabei DER FILM- UND FERNSEHLINK

zurück die Fernbedienung drückt. Barbara-Schöneberger und Olli Pocher und wie sie alle heißen. Ständig irgendwie auf dem Bildschirm blödelnd präsent oder, was soll man sonst tun, talkend. Sie sind »Promis«. Ich denke, auf dem Bildschirm sind sie eher Promiskutive. Pendeln zwischen Formaten, die sich eigentlich ausschließen. Muss der MDR

zum Beispiel eine Inka Bause »einkaufen«? Musste sie vorher die Kuppelendung »Bauer sucht Frau« bei RTL moderieren, um zu überleben? Ist sie dadurch im MDR-Sendegebiet nun zum Promi geworden, oder vielleicht eher, da seit sie vor Jahren den Schlagler ihres Vaters »Spielverderber« trällerte. Wer weiß das heute noch?

Muss man?

von Michael Zock

Günther Jauch hatte mal eine große Stunde im Fernsehen, als er interviewt wurde von Günter Gaus, stellenweise sehr persönlich. Er konnte nicht ausweichen, aber es war eine andere, ehrlichere Art von Intimität, als sie heute vorgegaukelt wird.

Unlängst plauderte er in der ARD-Sendung, die seinen Namen trägt über die Frage »Gerät Auschwitz in Vergessenheit«, zuvor war er der launige RTL-Spielmeister.

Passt auf jeden Kanal das gleiche Gesicht? Ob es Jauch, Gottschalk oder Schmidt heißt? Wenn die Quote, die ja über diese Art Jobs entscheidet, nicht mehr stimmt, möchten Sie Günther J. als Nachfolger von Christian W.?

Aus Anlass des 800jährigen Bestehens des Leipziger Thomanerchors drehten Paul Smaczny und Günter Atteln den Dokumentarfilm »Die Thomaner. Herz und Mund und Tat und Leben.« Im Zyklus eines Jahres erzählt der Film von einer besonderen Form jugendlicher Gemeinschaft, dem Stolz der Bewahrung alter Traditionen, den Idealen und Werten der Kultur und der Hingabe zur Musik.

Roman Stelzig sprach mit dem ehemaligen Thomaner Paul-Christian Max (28)

● Was bedeutet Ihnen rückblickend der Leipziger Thomanerchor?

Ich denke, eine gewisse Tradition wird da angesprochen. Das ist die Grundlage, die stark verpflichtet: Das große Erbe, das 800 Jahre alt ist, weiter zu gestalten und damit Moderne und Tradition miteinander zu verbinden. Es geht darum, was Bestand hat, zu erneuern. Die Frage ist, wohin sich die Erneuerung entwickelt. Mit dem geplanten *forum thomanum* ist dazu hoffentlich ein Schritt getan.

Eine wichtige Tradition des Thomanerchors ist, dass seine Mitglieder nicht an eine soziale Stellung gebunden sind. Allein die musikalische Begabung war ausschlaggebend. Die Gefahr ist, dass durch eine Modernisierung und einen elitären Charakter diese Tradition ver-

Die Zeit war intensiver...

Neuer Dok-Film über die Thomaner hat Premiere



schwindet. Der Thomanerchor ist außerdem eine große Gemeinschaft, die durch Musik verbunden wird. Für mich steht er für viel Spaß und Freude am Musizieren. Mir hat diese Zeit einen großen Musikhorizont beigebracht.

Viele ehemalige Thomaner singen in anderen Chören auch nach der Thomanerchorzeit. Man bewahrt sich den Spaß an der Musik.

Das ist natürlich auch eine subjektive Sicht. Aber in Summe ist der Thomanerchor für mich eine großartige Sache und eine gute Erziehungsgemeinschaft.

● Würden Sie sich im Spiegel Ihrer Erfahrungen wieder für eine Kindheit im Thomanerchor entscheiden? Worin sehen Sie Vor- und Nachteile?

Die Frage stellt sich sicher jeder Thomaner einmal nach der Chorzeit. Das hängt davon ab, wie sich mit der Modernisierung die Dinge verändern. Außerdem spielt dabei der Charakter jedes Einzelnen eine entscheidende Rolle. Ein Nachteil ist sicherlich, dass man Mühe hat, in einem Gebäude, in dem 100 Leute wohnen, private Rückzugsräume zu finden. Es gibt dadurch relativ wenig Privatsphäre im Alumnat.

Man hat aber auch seine Freunde immer um sich. Wo andere heute SMS schreiben, um miteinander zu kommunizieren, lebt man dort direkt zusammen.

Wenn – plakativ gesprochen – viele andere Schüler nach der Schule nach Hause gekommen sind, und nichts weiter zu tun hatten, war für einen selber

der ganze Tag ausgeplant gewesen. Wie normal das geworden ist, hat man erst gemerkt, wenn mal ein Tag frei war.

Dennoch hatten auch wir Thomaner genügend Freizeit. Ich glaube, die Kindheit war intensiver, als andere sie erlebt haben. Das ist eigentlich auch was Schönes. Ja klar, ich würde das wieder machen.

● Welttourneen, stehender Beifall, ein 800 Jahre altes Erbe – mit neun Jahren. Bestimmt das die Persönlichkeit?

Man sieht die Erfolge am Anfang noch relativ nüchtern, das Publikum applaudiert eben. Ansonsten hat der Chor intern ein ganz gut entwickeltes Ausgleichssystem, was einen immer wieder auf den Boden holt.

Die Chorzeit verläuft so, dass man so eine Erziehungsleiter aufsteigt. Am Ende ist man Stubenältester. Und dann kommt man wieder in die freie Gesellschaft und muss von neuem z.B. als Zivi anfangen. Das ist schon spürbar. Während der Chorzeit fühlt man sich schon etwas elitär, aber man weiß auch, dass das Ganze endlich ist.

»Die Thomaner. Herz und Mund und Tat und Leben.«
Ab 16. Februar im Kino

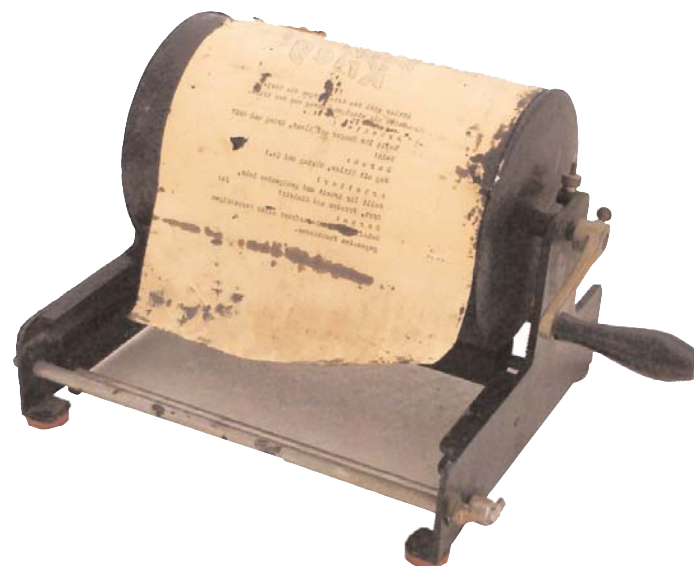
Die Erweiterung und Neupräsentation der Ausstellung zur Leipziger Stadtgeschichte im Alten Rathaus hat mit der Eröffnung des letzten Teils der neuen Dauerausstellung einen vorläufigen Abschluss gefunden. Es fehlt nur noch die Aufbereitung einiger Spezialthemen wie z.B. »Musikstadt Leipzig«.

Beginnend von der Industrialisierung wird der Bogen bis zur jüngsten Zeit gespannt. Es gibt einen überdimensionierten Zeitstrahl als ordnendes Element. Die Abschnitte sind wie kleine Kabinette aneinander gereiht. Es gibt neben Einführungstexten und den Exponaten zahlreiche multimediale Anwendungen, mit denen die Besucher sich in die Thematik vertiefen können. Eine Präsentation soweit didaktisch und methodisch auf dem neuesten Stand.

Es beginnt mit originalen Plakaten aus dem Revolutionsjahr 1848. Die von Carl Seffner geschaffene Karl-Heine-Büste steht für den Aufbruch ins Industriezeitalter. Ab den 1860er Jahren entwickelte sich Leipzig zu einem Zentrum der frühen Arbeiterbewegung. Auf einem Schwarz-Weiß-Motiv ist Wilhelm Liebknecht zu sehen und das Gebäude, in dem heute die Linke und die Redaktion von Leipzigs Neue ihren Sitz haben. Die Besucher stehen dann vor einem Modell der Lipsia, ein riesiger Kopf mit einer Stadtmauerkrone und dazu zwei Putten. Die Zeiten des Ersten Weltkrieges und seine Folgen werden mit eindrucksvollen Plakaten zur Soldatenwerbung in Szene gesetzt, wie auch die vermeintlichen Goldenen Zwanziger. Alte, verwackelte Filmaufnahmen, unterlegt mit Musik, bewirken Aufmerksamkeit. Das Grauen des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges werden facettenreich geschildert. Eine originale gelb-grüne Nazi-Uniform lässt einen erschrecken, so naturalistisch ist ein Museum selten. Der Reichstagsbrandprozess und das Auftreten von

Viel Licht und etwas Schatten

Neue Dauerausstellung im Alten Rathaus



Vervielfältigungsgerät. Es wurde im kommunistischen Widerstand gegen den Faschismus in den Jahren 1936 bis 1941 benutzt.

Foto: Stadtgeschichtliches Museum

Georgi Dimitroff werden beschrieben. Eine Datenbank erfasst die »Menschen ohne Grabstein«, die Opfer der faschistischen Vernichtungspolitik geworden sind. Erstaunlich, ein Museum, das sich traut, gegen den neoliberalen und die Leistungen des kommunistischen Widerstands relativierenden Zeitgeist einen anderen Akzent zu setzen. So wird ausführlich auf Alfred Frank als Mitbegründer der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands (ASSO) hingewiesen, insbesondere auf sein

schockierendes Graffiti »Hunger« aus dem Jahr 1944. Notwendig zur Mahnung an die heute meistens in Friedenszeiten Lebenden ein metallenes Exponat: Eine Fliegerbombe aus dem Krieg, dazu der zerstörte Hausrat einer Familie.

Bis zu diesem Punkt eine ausgewogene Darstellung und Präsentation der Geschichte in Leipzig. Problematisch wird allerdings die tendenziöse, einseitige Schilderung der Ereignisse des 17. Juni 1953 in Leipzig, wo mittlerweile in der Forschung auch der Einfluss anderer

Kräfte als die der Arbeiterschaft anerkannt ist. Die Sprengung der Paulinerkirche 1968 hätte durchaus mit dem Hinweis versehen werden können, dass in westdeutschen Städten zur Zeit des Wirtschaftswunders zahlreiche Kirchen für Banken- und Konsumtempel platt gemacht wurden. Auch das Handanlegen an einem wichtigen Zeugnis der sozialistischen Bildungsarchitektur der 1970er Jahre im Zuge des derzeitigen Uni-Neubaus hätte wenigstens verdient, wie die umfangreichen Ausführungen zur Paulinerkirche besprochen zu werden.

Eine nachgebaute Küche einer Neubauwohnung mit all dem seinerzeit nötigen Hausrat, lässt so manchen in Erinnerungen schwelgen.

Peinlich ist eine aufgebaute Postenkette von Volkspolizisten mit Schild und Helm im Kapitel »Heldenstadt« des Jahres 1989. Der Erkenntniswert dieses »Disneylandes« ist fraglich. Trotzdem muss festgehalten werden, dass die Ausstellungsmacher auf Sachlichkeit setzten. In anderen Stadtmuseen wird meist eine verstaubte Fotosammlung präsentiert, die mit Exponaten garniert werden. Dieser Fehler wurde hier vermieden. Gute Verständlichkeit, ernsthafte Ruhe und durchaus Streitlust – all dies kann man dieser neuen Ausstellung zugestehen. Das ist durchaus nicht wenig.

• D. M.

»Moderne Zeiten. Leipzig von der Industrialisierung bis zur Gegenwart«

Bis 7. August, Stadtgeschichtliches Museum Altes Rathaus, Leipzig, Di. bis So. von 10 bis 18 Uhr

Der am 24. Januar begangene dreihundertste Geburtstag des legendären Preußenkönigs Friedrich II. hat Autoren und Verleger, Ausstellungskuratoren und Festredner, Feuilletonredakteure und Rundfunkintendanten geradezu beflügelt. Aus der beängstigenden Fülle neuer und recycelter Jubiläumsschriften seien zwei Veröffentlichungen herausgegriffen. Unsere Lektüreempfehlung gilt zuerst Jens Biskys Lesebuch »Unser König, Friedrich der Große und seine Zeit« (Rowohlt Berlin 2011, 396 S., 19,95 Euro). Der promovierte Kulturwissenschaftler und Germanist führt im Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« die Feder; sein schriftstellerisches Debüt »Geboren am 13. August« könnte allemal auch als literarische Liebeserklärung an die Geburtsstadt Leipzig gelesen werden. Spätestens seit dem Erscheinen seiner Kleist-Biographie gilt der gebürtige Sachse auch als intimer Kenner preußischer Kultur und Geschichte. So gesehen erscheint sein historisch-literarischer Jubiläumssritt zu und mit »F II« durchaus folgerichtig: »Wer es leid ist, den König, der das Staunen seines Jahrhunderts war, auf eine Formel zu bringen, ist eingeladen, in der folgenden Textauswahl Dokumente und Geschichten von und über Friedrich nachzulesen. Diese Auswahl soll weder der Glorifizierung noch der Verdammung dienen. Sie soll historische Neugier mal wecken, mal stillen. Sie verfolgt nicht die Absicht, Legenden zu dekonstruieren, wohl aber, sie ins rechte Licht zu stellen. Für einen Prozess gegen den Preußenkönig ist es längst zu spät, über ein Verfahren seiner Seligsprechung hätte er nur gespottet.« Wer wollte eine so viel versprechende Einladung ausschlagen? Zumal Bisky den exzellent ausgewählten und stilsicher arrangierten Beobachtungen und Meinungsäußerungen von Zeitzeugen und Nachgeborenen biographische Eckdaten und eigene Einführungen zu Jugend, Glanz, Krieg und Alter voranstellt. Dem



Autor gelingen glanzvolle Essays, die durch erhellende Einsichten überraschen und wahres Lesevergnügen bereiten.

Die zweite hier zu empfehlende Textsammlung büstet bereits in der ersten Titelzeile die wirkungsmächtigsten Stereotype der Friedrich-Verehrung gegen den Strich: »Kartoffeln mit Flöte« (Reclam Stuttgart 2011, 257 S., 9,95 Euro). Wir verdanken sie Matthias Steinbach, einem Historikerkollegen aus Jena, der als Nachfolger von Hans-Peter Harstick an der TU Braunschweig lehrt und mit dem Band »Wie der gordische Knoten gelöst wurde. Anekdoten der Weltgeschich-

»Unser König«: Kartoffeln mit Flöte



te, historisch erklärt« (Reclam Stuttgart 2011, 250 S., 12,95 Euro) erst unlängst auf sich aufmerksam gemacht hat. In seiner neuesten Anthologie versammelt Steinbach in fünf anspielungsreich betitelten Kapiteln Stimmen, Gegenstimmen und Anekdotisches: Auf »Die Leiden des jungen F.? – Der Kronprinz«, folgen »Il Principe? – Staatsmann und Feldherr«, »Verkehr mit Voltaire? – Philosoph und erster Diener des Staates« und »Menschliches Allzumenschliches? – Der alte Fritz«. Unter dem Rubrum »Lieber Friedrich, steig hernieder...?«. Die Nachwelt spricht« kommen neben vielen anderen schließlich als Kritiker auch Marx und als Bewunderer Engels

zu Wort. Am Anfang steht Steinbachs bohrende Frage: »Warum heißt er eigentlich »der Große«? Abgesehen davon, dass die Titulatur einem postheroischen Zeitalter nur noch wenig sagt, war Friedrich tatsächlich ein kleiner Mann, so klein wie Napoleon oder Lenin. Immerhin reichten seine 165 Zentimeter (oder Fünf Fuß, fünf Zoll) Lebensgröße aus, um alle seine Nachfolger in den Schatten zu stellen – selbst Kaiser Wilhelm I., den man auch einmal für kurze Zeit »den Großen« nannte.«

Hat sich Rowohlt auf dem Buchumschlag für den Preußenkönig im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, nämlich für Andy Warhols Adaption des berühmten Graffschen Porträts entschieden, so wirbt Reclam mit einer Karikatur von Hans Traxler.

Das letzte Wort in Steinbachs Anthologie hat ein Großneffe des letzten äthiopischen Kaisers Haile Selassie. Der von der Kritik wegen seines Buches »Manieren« gefeierte Asfa-Wossen Asserate berichtet über einen nicht alltäglichen Besuch in Sanssouci: »Wie ich vor dem Grab des preußischen Königs stand, erschien neben mir ein altes, auf einen Stock gestütztes Mütterlein, mit einer Stofftasche in der Hand. Sie beugte sich zu ihrer Tasche herab, nahm eine Handvoll Kartoffeln heraus und legte sie auf den Grabstein. [...] Es erschien mir rührend, daß man des preußischen Königs fast zweihundertvierzig Jahre nach seinem Tod auf diese Weise gedachte – und eben nicht dem preußischen Kriegsherrn und gewieften Strategen huldigte, sondern dem klugen Verwalter, der die Landwirtschaft als erste aller Künste verstand und höchstpersönlich für die Ernährung seines Volkes Sorge trug...« Und in der Sache durchaus ähnlich auch Bisky: »Auf seiner Grabplatte in Sanssouci liegen heute frische Blumen und Kartoffeln. Damit hat sich seine Erdensendung vorläufig erfüllt.«

• Manfred Neuhaus

Auf 6,1 Prozent kommt deutschlandweit die Gilde der Schrebergärtner, die sich auf 15000 Vereine verteilen und sich in insgesamt 1 Million Parzellen tummeln. Deren Wohl und Wehe lässt sich der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V. angelegen sein, aktuell u.a. auch damit, dass er anlässlich seines 90. Gründungstages einen überarbeiteten Überblick über seine Geschichte (zu einem Drittel als Abriss, zu zwei Dritteln als Quellensammlung) herausgegeben hat. Die für diese Publikation gewonnenen Autoren, beide profilierte Historiker (Günter Katsch aus der Leipziger, Johann B. Walz aus der Würzburger Schmiede hervorgegangen), sind durch eine Vielzahl von Schriften als mit der Materie bestens vertraut ausgewiesen. Die von ihnen vorgelegte Arbeit kann mit Fug und Recht als ein in seiner Bedeutung über den speziellen Gegenstand hinausweisendes Standardwerk angesehen werden, das die von Jürgen Kuczynski inaugurierten Forschungen zur Geschichte des Alltags des deutschen Volkes weiterführt und folglich verdient, auch außerhalb der zum Nutzen einer breiten Öffentlichkeit gepflegten »grünen Inseln im Häusermeer« beachtet zu werden.

Die Anfänge organisierter Kleingärtner reichen in das Jahr 1814 zurück,

Dem sozialen Ausgleich verpflichtet

sind allerdings nicht, wie die Herkunft des Namenspatrons Dr. Daniel Gottlob Moritz Schreber vermuten lässt, mit Leipzig, sondern mit dem nördlich von Kiel gelegenen Ostsee-Erholungsort Kappeln an der Schlei verbunden. Auch was wir heute im Leipziger Schreberverein mit seinem renommierten Deutschen Kleingärtnermuseum gemeinlich als Schrebergarten kennen, war ursprünglich als ein Kinderspielplatz im Johanna-Park neben der Lutherkirche angelegt worden, um den man danach zunächst Beete gruppierte und daraus später Pachtgärten entstehen ließ.

Von da ab hat sich bis heute eine Bewegung etabliert mit dem Postulat, einem jeden, dem es nach einem Kleingarten gelüftet, diesen Wunsch auch zu erfüllen, und zwar zu dauerhaft gesicherter Pacht und ohne unzumutbare Reglementierungen. Ob dieses hierzulande festgeschriebene und ebenso im europä-

ischen Verbund verankerte Recht angesichts des Wachstums der Weltbevölkerung und der Entstehung von MegaCities auch zum allgemeingültigen Menschenrecht erhoben werden kann – diesen Ausblick überm Gartenzaun verknäpfen sich die beiden Autoren. Sie lassen die Fakten sprechen, wie im Auf und Ab der historischen Abläufe gärtnerisches Engagement, – sei es zur Selbstversorgung in Notzeiten, sei es zum Ausgleich zu einseitiger Berufstätigkeit, sei es »nur« zur Erholung im Freien (ganz im Sinne von Friedrich Wolfs Hausbuch »Die Natur als Arzt und Helfer«) – zum sozialen Zusammenhalt der städtischen Gesellschaft beigetragen hat und beiträgt. Vom Widerstreit der Interessen ist da ebenso die Rede – in der Weise, wie erst kürzlich Neues Deutschland titelte: »Möbel-Gigant statt Armen-gärten«, wo in Kiel in einer der ältesten deutschen Kleingartenkolonien mehr als 300 Parzellen einem neuen Möbelkaufhaus weichen sollen, – wie von politi-

scher Vereinnahmung – besonders krass zur NS-Zeit, wo das Kleingartenwesen zur »Aufordnung« im Zeichen von »Blut und Boden« herzuhalten hatte, d.h. wo galt: wer gärtnerisch tüchtig ist, wird ebenso kriegstüchtig sein (erschreckend hierzu die Bilddokumente, die zeigen, wie weitreichend die Gleichschaltung funktionierte). Obgleich es in den Statuten heißt, dass die Schrebers sich als strikt partei- und konfessionsübergreifend verstehen, be-legt die Darstellung, dass die Kleingartenbewegung zu keiner Zeit in einem politikfreien Raum operiert hat, selbstredend auch nicht seit dem Beitritt des ost- zum westdeutschen Dachverband im Jahre 1990. Die Frage nun, ob denn die Kleingärtnererei dem Systemerhalt mehr dient als schadet, bleibt unbeantwortet, und zwar aus demselben guten Grund, aus dem unsereins ganz genau erfährt, wie's Wetter ist, wenn früh am Morgen der Hahn kräht auf dem Mist. Dieses Fachbuch ist außergewöhnlich lesefreundlich, dennoch würde seine Handhabbarkeit erleichtert, wenn bei einer künftigen Nachauflage noch Register hinzukämen.

• Horst Möller

Günter Katsch und Johann B. Walz: Deutschlands Kleingärtner in drei Jahrhunderten. Herausgegeben vom Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V. Leipzig 2011. 415 S., 20 Euro

Als Lexikon unentbehrlich

So offenkundig es ist, dass die zwischen 1933 und 1945 geschriebenen literarischen Werke hohen Ranges von deutschen Schriftstellern (von Brecht bis Zukmayer) im Exil geschrieben wurden, ein Großteil der deutschen Literatur stammt jedoch von jenen Schriftsteller(innen), die in Deutschland blieben. Das mehr als 600 Seiten eines Lexikons notwendig waren, um sie heutigen Lesern wieder vor Augen zu führen, lässt schon auf den ersten Blick erkennen, wie viele Autorennamen in diesem Buch zu finden sind und mit Leben, Werk und Bibliographie vorgestellt werden.

Der Titel »Schriftsteller im Nationalsozialismus« unterscheidet sich von anderen, Jahre zuvor erschienenen Publikationen dieser Art, wie der von Ernst Loewy »Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation«, durch den im Titel gesetzten Akzent auf den Begriff »Nationalsozialismus«, womit sowohl das ideologische Fundament gemeint ist, auf dem die einzelnen Autoren stehen, als auch die für die Verbreitung der im »Dritten Reich« zuständigen Behörden und Einrichtungen, deren Wirken die Verfasser der Einleitung, Hans Sarkowicz und Alf Menzel, mit Dokumenten aus Archivbeständen aus diesen Jahren belegen und um Einblicke bereichern, die durch die Lektüre dieses oder jenes Buches einer der im Lexikon dargestellten Schriftsteller nicht möglich wären. Das trägt in hohem Maße

dazu bei, pauschalen Lob- oder Schmäurteilen vorzubeugen und den vorgestellten Autoren politisch-literarische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das gelingt den Verfassern, indem sie nicht nur die manifesten biographischen Daten zugrunde legen und die für ihr Thema aussagekräftigen Bücher per Zitat sprechen lassen. Die politische Brisanz ihrer Stellung zur Hitler-Partei und deren Führer steckt vor allem in den Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen, in denen sich einige Schriftsteller exponiert haben, bei denen durch zusätzliche Akteneinsicht in die Archive der NS-Zeit sichtbar wird, ob und in welcher Weise sie vereinnahmt oder diskriminiert wurden. Dabei stehen Multifunktionäre wie Harms Johst, Artur Dinter und Lieder-Barden wie Baldur von Schirach der Vielzahl jener Schriftsteller gegenüber, für die in den Nachkriegsjahren der sie entlastende Terminus »innere Emigration« gefunden worden war. Dazu gehört als prominentester Autor Gerhart Hauptmann als Senior und die in diesen Jahren von ihren konservativ-nationalen oder braunen Flecken gesäuberten Großschriftsteller Gottfried Benn und Ernst Jünger, aber auch Erich Kästner und der zur Gruppe 47 gehörende Alfred Andersch, der, wie eini-

ge andere Schreiber seiner Generation, erst Jahrzehnte später noch einmal in den Fokus der Debatten rückte. Selbst zwei nur peripher mit dem Thema befasste Schriftsteller, der Österreicher Doderer und der Schweizer Max Frisch, kommen in diesem Lexikon vor, das auch einige Schriftsteller verzeichnet, die heute vergessen sind, weil ihre Bücher nicht mehr gedruckt wurden. Anders als bei Heinrich Spoerl, der durch den Film »Die Feuerzangenbowle« noch heute im Abspann des Films genannt wird (in diesem Lexikon auch der Name des Leipziger Hans Reimann und – an anderer Stelle – der zwielichtige Erich Ebermayer).

Das Leipzig damals eine nennenswerte Buchstadt war, verraten die Verlagsorte der zitierten oder bibliographierten Bücher. DDR-Leser werden nicht überrascht sein, hier die Namen von Bobrowski, Fühmann und Huchel verzeichnet zu finden. Der Gesamtfundus reicht von Paul Alverdes bis zu Hans Zöberlein, gefolgt von einer mehrseitigen Aufzählung von Buchtiteln, in denen sich interessierte Leser in die Jahr für Jahr angewachsenen Publikationen zum Thema weiterbilden können.

Vorangestellt haben, ungewöhnlich für ein Lexikon, beide Autoren ihrem Autorenkatalog ein »Vorwort« und eine umfangreiche »Einleitung«, die als überblickende Gesamtschau bietet, was in den Einzelbeiträgen nachfolgend bis ins Detail gezeigt wird, auch darin vereinzelt mit Zitaten aus bereits vorliegenden Sekundär-Literatur-Büchern unterlegt.

Die »Einleitung« führt ein in das Gefüge und Netzwerk aus Behörden, Institutionen und Ämtern, die nach 1933 vom faschistischen Regime geschaffen wurden, wie z.B. die »Reichsschrifttumskammer«, aber auch spezielle Einwirkungsformen auf einzelne Schriftsteller, um den Literaturbetrieb am Laufen und unter Kontrolle zu halten. Goebbels und Rosenberg spielten eine nicht geringe Rolle, wenn es darum ging, einen Autor zu protegiere oder zu behindern, im Fall Hans Falladas an seinen in den vierziger Jahren angestiegenen Honoraren veranschaulicht, im Fall von Jochen Klepper mit dessen Selbstmord (samt jüdischer Ehefrau) erschreckend vor Augen geführt.

So kann ein Lexikon mit seinen nüchternen Fakten dennoch eine Sprache sprechen, die gleichermaßen Erschrecken und Anteilnahme hervorzurufen vermag. Das macht dieses Buch für die Nachgeborenen unentbehrlich.

• **Klaus Schuhmann**

Hans Sarkowicz/Alf Menzel: Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon. Insel Verlag, Berlin 2011. 676 Seiten, 48,00 Euro

Verharmlosung des Hitlerfaschismus und seiner Blutrichter

Ernst Thälmann, letzter Vorsitzender der KPD vor 1933, wurde am 4. März 1933 verhaftet und nach elf Haftjahren am 18. August 1944 in Buchenwald hingerichtet. In den letzten Monaten ihrer Terrorherrschaft – schon im Angesicht der unvermeidlichen Niederlage – haben die deutschen Faschisten noch viele Todesurteile gefällt und Sozialisten und Kommunisten in großer Zahl ermordet, darunter Georg Elser (Hinrichtung am 9. April 1945), Fritz Schreiter, Otto Engert, Kurt Kresse, Georg Schumann (Hinrichtung mit dem Fallbeil am 11. Januar 1945), aber auch adlige und bürgerliche Hitlergegner wie die Brüder von Stauffenberg, Carl Goerdeler und die anderen Verschwörer des 20. Juli 1944. Ihre Mordmaschine und die zuliefernden Blutrichter wie Eberhard Taubert arbeiteten bis zum bitteren Ende, manche noch nach der Kapitulation, so Hans Karl Filbinger.

Thälmann ist als eines der wehrlosen und standhaften Opfer zu ehren und zu erinnern. Mit den neueren Biographien von Eberhard Czichon/Heinz Marohn sowie der kritischeren von Armin Fuhrer ist die Debatte um Ernst Thälmann wiederbelebt worden. Er bleibt eine kontrovers diskutierte, damit aber auch für die Forschung und politische Arbeit interessante Persönlichkeit.

Nun haben Eberhard Czichon und Heinz Marohn sowie der Verleger Wiljo Heinen einen Sammelband herausgegeben, der die Beiträge von zwanzig Autoren und zwei Autorinnen (Margot Honacker und die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen) abdruckt. Eine Reihe der Beiträge ist lange verstorben und konnte nicht mehr um Nachdruckerlaubnis

gefragt werden: Johannes R. Becher, Willi Bredel, Fritz Heckert, Heinrich Mann, Martin Andersen-Nexö, Wilhelm Pieck, Romain Rolland, Arnold Zweig und das Stalin-Opfer Hans Kippenberger. Von den noch Lebenden legt einzig Rechtsanwalt Ralph Dobrawa eine Studie vor, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Er zeigt, wie kaltschnäuzig die westdeutsche Justiz die Bestrafung der Mörder Ernst Thälmanns solange hintertrieb, bis niemand mehr zur Rechenschaft gezogen werden konnte.

Die übrigen Beiträge, darunter von Kurt Gossweiler, Hans Heinz Holz, Egon Krenz, Herbert Mies und Armin Stolper, sind voll des Lobes für den überragenden Führer, der die KPD von Erfolg zu Erfolg geführt habe. Die historische Mitschuld der Partei an der Niederlage und beinahe kampflösen Kapitulation der Arbeiterbewegung 1933 wird ausgespart, vor allem die unerbittliche Frontstellung gegen die Sozialdemokraten, die als »Sozialfaschisten« und »kleine Zörgiebel« diffamiert wurden. Mit der Führung der SPD, der die Mehrheit der Arbeiter folgte, wollte die KPD nicht verhandeln, da sie aus »Zwillingsbrüdern des Faschismus« bestehe. Damit vertiefte sie die Gräben zu den Klassengenossen.

Es ist unmöglich, alle Irrtümer des

ultralinken Kurses und die Mitverantwortung Thälmanns dafür in einer Rezension darzulegen. Alle kritischen Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Die kommunistischen Kritiker von KPO, Linker Opposition und Leninbund wie auch die Linkssozialisten der SAP wurden besonders infam attackiert. Clara Zetkins Kritik an Thälmanns mangelnden Fähigkeiten wird im Buch ebenso verzerrt bzw. unterschlagen wie selbst die gemäßigte Kritik von Gerhart Eisler oder Arthur Ewert. Nicht einmal die relativ nuancierte Sichtweise, die die Moskauer Historikerin Maria Orlova 1965 und 1973 in zwei (nur russisch vorliegenden) materialreichen Büchern zum Thema vertrat, findet Erwähnung, von den neueren Büchern englischer und amerikanischer Linker wie Norman Laporte oder Eric Weitz zu schweigen.

Der mit Abstand längste Beitrag von Eberhard Czichon und Heinz Marohn trägt den Titel »Die Fortschreibung der Antikomintern des Goebbels-Ministeriums.« Lassen wir die rüden Attacken gegen Hermann Weber hier einmal beiseite. Hauptangriffsziel sind angebliche »DDR-Renegaten« und in Sonderheit Klaus Kinner, Mitglied und langjähriger Vorsitzender der Histori-

schen Kommission der PDS bzw. der Partei Die Linke. Die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetführung, sei eine »Grundvoraussetzung« von Methodik und »Ingredienz« antikommunistischer Geschichtspropaganda« der Renegaten vom Schlage Kinner geworden.

Czichon und Marohn versuchen Kinner gegen Kinner auszuspielen. 1982 habe er in seinem Buch über die Geschichtspolitik der KPD richtige Ansichten vertreten, die er heute bußfertig verdamme. In der Tat hat Klaus Kinner, neben richtigen Dingen, damals Meinungen geäußert, die sich als unhaltbar erwiesen. So lehnte er die Erkenntnis von der teilweisen Fremdsteuerung und der Stalinisierung der KPD zunächst noch ab. Er hat jedoch schon vor 1989 in Leipzig versucht, geistige Blockaden abzutragen. Doch indem Kinner den Antifaschisten Thälmann gegen den Stalinisten ausspiele, falle er »mit dieser gewendeten Argumentation den antifaschistischen Kämpfern – trotz alle gegenteiligen Beteuerungen – in den Rücken«. Kinner, so seine Kritiker, hafte der »Ludergeruch des Antikommunismus« an.

Damit rücken sie den kritisch-marxistischen Historiker Klaus Kinner in die Nähe eines Nazimörders und Judenhasers. Dies ist nicht nur wissenschaftlich, sondern menschlich zutiefst unsauber. Sie stellen sich damit außerhalb des Rahmens, in dem wissenschaftliche Diskussion stattfindet.

• **Theodor Bergmann / Mario Keßler**

Eberhard Czichon/Heinz Marohn/Wiljo Heinen (Hrsg.). Aber ich glaube an den Triumph der Wahrheit. Ernst Thälmann zum 125. Geburtstag. Verlag Wiljo Heinen, Berlin/Neue Impulse Verlag, Essen, 2011, 239 S., 12,00 Euro

Opposition wurde Regierung

Von Kurt Schneider



Bernd Faulenbach

Das sozialdemokratische Jahrzehnt

Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit
Die SPD 1969–1982



Dieses Buch erscheint als Band 3 der von Dieter Dowe hrsg. Reihe »Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945«, verfasst vom Bochumer Historiker und Vorsitzenden der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD Bernd Faulenbach, die die von Gerhard A. Ritter hrsg. »Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts« ergänzt. »Eine separate Reihe war sinnvoll und notwendig geworden«, schreibt Faulenbach, »weil sich die Frage stellte, ob die deutsche Sozialdemokratie der 1970er-Jahre überhaupt der Geschichte der Arbeiterbewegung zuzuordnen ist, und wenn ja, in welcher Hinsicht.« Diese Fragestellung resultierte daraus, dass sich die SPD, die das Godesberger Programm von 1959 als »linke Volkspartei« definierte, sich nicht mehr als Klassen- und Weltanschauungspartei verstand, von Helga Grebing und anderen als »Abschied von der alten Arbeiterbewegung« bezeichnet.

Damit hatte sich auch die Stellung der SPD im politischen System der Bundesrepublik verändert. Die »Oppositionspartei« wurde auf Bundesebene zur Regierungspartei, eine Entwicklung, die bereits in der frühen Nachkriegszeit begann und der Kurt Klotzbach seiner Geschichte der Sozialdemokratie 1945–1965 den Titel »Der Weg zur Staatspartei« gab. Vor diesem Hintergrund werden die Themen des vorliegenden Buches behandelt, das »die SPD als Akteur und zugleich als Objekt politischer und gesellschaftlicher Prozesse in der deutschen und internationalen Politik zu betrachten« versucht.

Der am 5. März 1969 erfolgte Wahl von Gustav Heinemann (SPD) zum Bundespräsidenten, folgte am 21. Oktober die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler, die zu einer Koalition von SPD und FDP führte. Aus Brandts Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ragten insbesondere hervor die Grundzüge einer neuen Deutschland- und Ostpolitik unter Beibehaltung der bisherigen Westpolitik sowie seine Ankündigung »mehr Demokratie wagen« zu wollen, die mittels eines umfangreichen Reformprogramms auf mehr Transparenz der Politik und mehr Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Politik gerichtet war. Die Gegenposition zu Adenauers strikt konservativen Politik, die die Bundesrepublik von Anbeginn geprägt hatte, war klar erkennbar. So gesehen war damit eine Wende in der Politik der Bundesrepublik eingeleitet worden, die Faulenbach auf 818 Seiten, gegliedert in XVII Kapitel und Anhang, detailliert behandelt.

Die neue Politik Willy Brandts gegenüber der DDR sollte dazu beitragen, die Einheit der Nation zu bewahren. Sie brach, wenn auch inkonsequent, mit dem Alleinvertretungsanspruch der BRD und erkannte an, dass zwei deutsche Staaten in Deutschland existieren. Ohne die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, sollte durch ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander gefunden werden. Gegenüber der VR Polen sollte vor allem eine weitgehende Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze erfolgen sowie insgesamt vertrauensbildende völkerrechtliche Beziehungen hergestellt werden. Gleiches galt für die Beziehung zur UdSSR und zu anderen sozialistischen Staaten. Ebenso trat Brandt für die Beendigung des Krieges in Vietnam sowie für den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa und für eine Rüstungsbeschränkung ein. Es war die Zeit, in der CDU und CSU als verbraucht galten und man in der SPD eine, wie Faulenbach schreibt, »moderne dynamische Reformpartei auf der Höhe ihrer Zeit« sah. Willy Brandts Charisma trat immer deutlicher hervor und weckte Emotionen. Die Mitgliederzahl der SPD stieg in ungekannte Höhen. »Die Sozialdemokratie wurde zu einer Kraft, die die progressiven Tendenzen der (west)deutschen Gesellschaft bündeln und politisch fruchtbar machen konnte.«

Die von Bernd Faulenbach vorgenommene historische Einordnung der Wahl Brandts zum Bundeskanzler und der Bildung der sozial-liberalen Koalition hebt hervor, dass »endlich ein Mann des Widerstandes gegen Hitler in das Zentrum der (west)deutschen Politik rückte«. Brandt sah sich, im Unterschied zu Adenauer, als »Kanzler nicht mehr des besiegten, sondern eines befreiten Deutschland«. Das jedoch nach den Jahren der christlich-demokratischen Dominanz, wie Faulenbach meint, »die Republik über Nacht endgültig zum Staat der Sozialdemokratie geworden« war, denn »nunmehr konnte die SPD erstmals daran gehen, die Politik des

Landes wirklich zu gestalten«, ist ein stark überhöhtes Urteil. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse blieben unangetastet, wofür schon allein der Koalitionspartner FDP sorgte. Nichtsdestoweniger betrachtete Willy Brandt die Koalition als ein »Historisches Bündnis«, das eine lange Fehlentwicklung korrigiert habe. Brandt meinte, dass die Ideen der Sozialdemokratie und des Liberalismus verwandt seien, die Sozialdemokratie liberales Ideengut aufgegriffen und der Liberalismus sozialdemokratische Anliegen habe. Faulenbach vermerkt dazu: »Er und andere neigten offensichtlich dazu, die Koalition historisch-ideell zu überhöhen« – ein Urteil, dem nicht zu widersprechen ist. Andererseits fanden im Laufe der Zeit prominente Liberale wie der bisherige Generalsekretär Günter Verheugen, Ingrid Matthäus-Maier, Andreas von Schöler und Helga Schuchardt den Weg zur SPD.

Brandt sah sich, im Unterschied zu Adenauer, als »Kanzler nicht mehr des besiegten, sondern eines befreiten Deutschland«

Umstritten war und blieb das Verhältnis zur kommunistischen Arbeiterbewegung. Brandt erklärte hierzu eindeutig: »Es gibt für uns weder Bündnisse noch Aktionseinheiten mit Kommunisten.« Wer derartige Bündnisse befürwortete, stellt Faulenbach rückbetrachtend fest, »musste weiterhin mit Parteiausschluss rechnen, wie der spektakuläre Fall des Juso-Vorsitzenden Klaus Uwe Benneter im Jahre 1977 zeigte«. Der am 28. Januar 1972 unter dem Vorsitz von Brandt von den Ministerpräsidenten gefasste »Radikalenerlass« zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst, war von Anfang an in der SPD umstritten, »wobei die Kritik im Laufe der folgenden Jahre anwuchs und nahezu jeden Parteitag beschäftigte«. 1976 war die SPD/FDP Koalition gezwungen, den Beschluss einseitig aufzukündigen. Brandt bekannte, dass er den Beschluss für eindeutig gescheitert betrachte und räumte ein: »Ich habe mich damals geirrt.« Bei aller Sachlichkeit der Darstellung, erwähnt Faulenbach allerdings nicht die Auswirkungen des »Radikalenerlass«, der in der Praxis vor allem Linke traf. 3,5 Millionen Bundesbürger wurden auf ihre politische Zuverlässigkeit geheimdienstlich überprüft. In der Folge kam es zu 11 000 Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen. Die Jusos, die wie andere linke Gruppen den Kampf gegen Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei und Einschüchterung führten, sahen darin die Gefahr eines »autoritären Polizeistaates«. Die Auswirkungen sind bis heute noch spürbar, Betroffene fordern nach wie vor Aufarbeitung und Rehabilitation.

Am 6. Mai 1974 trat Willy Brandt als Bundeskanzler zurück. Vorausgegangen war ein erheblicher Autoritätsverlust. Das allgemeine Unbehagen mit der Rolle der SPD als Regierungspartei machte sich zunehmend unmittelbar an ihm fest, weil viele der hohen Erwartungen und Hoffnungen auf ihn projiziert worden waren. Die Ölpreis- und Energiekrise, die Wirtschaftskrise mit der wachsenden Arbeitslosigkeit, Verteilungskämpfe, wachsende Schwierigkeiten, in der Koalition Kompromisse zu finden, hatten Brandt zermürbt. Sein Rücktritt erfolgte schließlich offiziell im Kontext mit der Guillaune-Affäre. Am 16. Mai 1974 wurde Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt, der im Unterschied zu Brandt die SPD/FDP-Koalition nicht mehr als »Historisches Bündnis«, sondern lediglich als politische Zweckgemeinschaft auf Zeit betrachtete.

Bernd Faulenbach behandelt ausführlich die andauernden innerparteilichen Auseinandersetzungen, das spannungsreiche Verhältnis von Partei, Fraktion, Regierung und Wählerschaft insbesondere in den Jahren 1976–1980. Das trifft auch zu auf die aufgetretenen divergierenden Interessen, Ziele und Strategien, darunter

den NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung sowie die Suche nach Kompromissen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. »Im Laufe des Jahres 1982 wurde immer deutlicher, dass der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher und die Mehrheit der Führung der FDP nicht nur einen Politikwechsel, sondern auch einen Koalitionswechsel wollten.« Erkennbar war, dass die Gemeinsamkeit in der Deutschland- und Ostpolitik, die lange Zeit als Klammer der Koalition gedient hatte, verblasst war, »zumal auf diesem Feld Helmut Kohl und die CDU inzwischen realistische Positionen bezogen hatte«. Zugleich waren die Divergenzen vor allem in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik angewachsen. »Der Sozialdemokratie blies der Wind von allen Seiten ins Gesicht und ihr Machtwille schwächte sich ab.« Mehr noch: »Das »sozialdemokratische Jahrzehnt« war zu Ende, weil eine sozial-liberale Politik zunehmend unmöglich geworden war.«

War die erste Phase mit dem Namen Willy Brandts verbunden gewesen, war es in der zweiten Phase mit dem Helmut Schmidts. Der Übergang von der ersten zur zweiten Phase war durch die Wirtschaftskrise 1973–1974 geprägt, die das Ende des umfassenden ökonomischen Wachstumszyklus der Nachkriegszeit markierte. Eine geschichtliche Zäsur zeichnete sich ab, nach der man nicht mehr wie bisher weiterwirtschaften konnte. »Die Sozialdemokratie geriet deshalb in die Defensive und sah sich mit neuen Anforderungen konfrontiert«, schlussfolgert Faulenbach, »die zum Teil quer zu den traditionellen lagen, auf die sie – teilweise in Auseinandersetzung mit Politikansätzen der Alternativbewegung – sozialdemokratische Antworten zu suchen begann.« Umsonst: Im September 1982 traten alle FDP-Minister zurück. Im Oktober 1982 wurde Schmidt durch ein Misstrauensvotum gestürzt.

Ergänzend vermerkt werden muss, dass sich die SPD, die ihren Charakter und ihre Rolle als Arbeiterpartei abgelegt und sich als »Volkspartei«, offen für alle sozialen Schichten, neu definiert hatte, in einer Identitätskrise befand. Das kritisch zu beurteilende Verständnis von sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik in einem hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaftssystem war mit Illusionen verbunden. Enttäuschungen in der Mitglieder- und Wählerschaft waren vorprogrammiert. Es stellt sich die Frage: Was hat die heutige SPD aus ihrem Jahrzehnt gelernt? Faulenbachs Buchs beinhaltet Anregungen für eine fruchtbringende Debatte. Es ist nicht zuletzt auch wegen seiner abgewogenen kritischen Betrachtung eines bedeutenden Entwicklungsabschnitts der Sozialdemokratie ein wertvoller Beitrag zur Gesamtgeschichte der SPD.

Bernd Faulenbach: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969 – 1982. Reihe: Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 3. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2011. 819 Seiten, 48,00 Euro*

Der Beginn des Jahres 1932 war in Deutschland von den verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise gekennzeichnet. Über sechs Millionen Arbeitslose wurden gezählt. Der Alltag war bei sehr vielen durch Massenverelendung bestimmt. Die Weimarer Republik geriet in eine tiefe, sich eskalierende politische Krise. Mit ihrer nationalen und sozialen Demagogie gewann die NSDAP eine breite Massenbasis, zumal sie zunehmend vom Monopolkapital unterstützt wurde.

In dieser Situation fand vom 20. bis 23. Februar 1932 in Anwesenheit von Maurice Thorez und weiteren Vertretern der Bruderparteien eine Tagung des Zentralkomitees der KPD statt. Ernst Thälmann referierte zum Thema »Der revolutionäre Ausweg und die KPD«. Die Tagung beschloss eine Resolution über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD sowie eine Deklaration »Gegen die Tributzklaverei des deutschen Volkes! Gegen Versailles und Young!« Die Tagung kennzeichnete die Nazipartei als »aktivste Terror- und Kampforganisation des Finanzkapitals« und als Massenbasis des »entscheidenden und entschlossensten Teil des deutschen Faschismus«. Die KPD entlarvte die chauvinistische Demagogie der Nazis und forderte im nationalen Interesse, die NSDAP bis zu ihrer Vernichtung zu bekämpfen. Unter stalinistischem Druck war noch wenige Jahre zuvor der Hauptstoß des Kampfes der KPD gegen die Sozialdemokratie gerichtet und die Sozialdemokraten waren als Sozialfaschisten bezeichnet worden.

Die ZK-Tagung nahm kritisch Stellung zu den Mängeln in der Massenarbeit der KPD und charakterisierte die Einheitsfrontpolitik als das »entscheidende Kettenglied der proletarischen Politik in Deutschland«. Ernst Grube, Fritz Selbmann, Matthias Thesen und

Eine richtige Warnung

andere entwickelten Vorschläge für eine elastischere Einheitsfrontpolitik – von oben und von der Basis her. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sollten dafür gewonnen und alle Sportorganisationen in den antifaschistischen Kampf einbezogen werden, die Massenarbeit auf breiter, überparteilicher Grundlage entwickelt werden. Als taktische Hauptaufgabe wurde die Durchführung von Abwehraktionen in den Betrieben gegen Lohnabbau, Unternehmerwillkür, Notverordnungen und faschistischen Terror festgelegt. Walter Ulbricht forderte, die Betriebszellenarbeit zu einem Mittelpunkt des Wirkens der Partei zu machen.

In dieser Zeit vertiefte der Kampf um die Neuwahl des Reichspräsidenten, die politische Krise der Weimarer Republik. Kräfte, die nach einer gewaltsamen Abrechnung mit der Arbeiterbewegung und allen demokratischen Kräften strebten und auf die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur setzten, nominierten Hitler als Kandidaten. Deutschnationale und Stahlhelm, die nicht geneigt waren, die führende Rolle der Nazis hinzunehmen, bestimmten den Stahlhelmführer Theodor Duesterberg für die Kandidatur. Bürgerliche Parteien und die SPD favorisierten die Wiederwahl des Generalfeldmarschalls Paul von

Hindenburg.

Am 16. Dezember 1931 war aus SPD, Gewerkschaften, sozialdemokratischen Arbeitersportverbänden und Reichsbanner die Eiserner Front zum Schutz der Republik gebildet worden. Am 7. Februar 1932 wurde unter der Überschrift »Eiserne Front« ein Artikel von Ernst Heilmann veröffentlicht, in dem es u. a. hieß:

»Wir mögen an Herrn von Hindenburg auszusetzen haben, was wir wollen – ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments wird der Mann, den wir seit sieben Jahren kennen gelernt haben, niemals sein. Seine Treue zu Brüning muss dafür letzter Beweis sein. Bei der Reichspräsidentenwahl ist für die Sozialdemokratie die Taktik völlig eindeutig vorgeschrieben: Sie hat alles zu tun, um die Wahl eines Nazireichspräsidenten zu verhindern, eine Wahl, die für Deutschland ebenso wie für seine Arbeiterklasse den Untergang bedeutete, und alles daranzusetzen, dass in der Wilhelmstraße ein verfassungstreuer Reichspräsident amtiert. Das ist das Ziel, und alles andere ist Nebensache.«

Die SPD-Führer ließen sich von der Illusion leiten, mit der Wahlempfehlung für Hindenburg Hitler zu schlagen und so dessen Machtantritt zu verhindern.

Die KPD stellte den genannten Kandidaten ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann gegenüber, wohl wissend, dass er keine Chance hatte. Immerhin erhielt er beim ersten Wahlgang am 13. März 1932 4983314 Stimmen, Hindenburg jedoch 18,7 Millionen und Hitler 11,3 Millionen Stimmen.

Die Geschichte hat bewiesen, dass die Warnung der KPD »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!« Recht behielt.

• Winfried Steffen

Kalenderblatt

Vor 110 Jahren geboren: Wilhelm Guddorf

Geboren am 20. Februar 1902 in Melle bei Gent/Belgien, fiel Wilhelm Guddorf auf dem Gymnasium durch seine außergewöhnliche Sprachbegabung auf. Später beherrschte er fast alle westeuropäischen und slawischen Sprachen sowie das Arabische und Hebräische. Er studierte Volkswirtschaft, Geschichte, Musik und Kunstwissenschaft.

1922 wurde er Mitglied der KPD, 1924/25 Redakteur der »Freiheit« und des »Rhein-Ruhr-Pressedienstes« der KPD. Nach einer mehrmonatigen Haft (1925/26), war er Mitarbeiter der »Roten Fahne« in Berlin und leitete ihr außenpolitisches Ressort. Im Sommer 1932 schied er wegen parteiinternen Differenzen aus der Redaktion aus und arbeitete als Übersetzer. Er schrieb Einführungen und Vorworte für Neuauflagen der Werke von Marx und Engels, literaturkritische Aufsätze zu Diderot, Lessing, Einstein u.a.m. Außerdem verfasste er theoretische Arbeiten und Artikel für die »Internationale Presse-Korrespondenz«. Sein Pseudonym war »Paul Brauns«.

Mit dem faschistischen Machtantritt und dem Verbot der KPD ging Guddorf in die Illegalität. Am 22. März 1934 wurde er von der Gestapo verhaftet und am 17. Juli 1934 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, aber erst im April 1939 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen. Danach in einem Antiquariat angestellt, nutzte er seine Sprachkenntnisse für die illegale Herausgabe der antifaschistischen Widerstandsschrift »Die innere Front«, die in fünf Sprachen erschien.

Im Sommer 1940, Guddorf hatte einen Kreis von Antifaschisten um sich gesammelt, begann seine Zusammenarbeit mit Robert Uhrig, dem politischen Leiter der Berliner Bezirksorganisation der KPD, und dessen Widerstandsgruppe. Ebenso stellte er enge Kontakte zur Gruppe um Bernhard Bästlein und Franz Jacob in Hamburg her. Zugleich gelang es ihm, Verbindung mit Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen (»Rote Kapelle«) aufzunehmen. Ein maßgeblich von Wilhelm Guddorf und Bernhard Bästlein verfasstes Material hieß: »Organisiert den revolutionären Massenkampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg!« Mit Harnack erarbeitete Guddorf die Studie »Die wirtschaftlichen Grundlagen des nationalsozialistischen Deutschlands«.

Nach der Verhaftung von Robert Uhrig im Februar 1942, seine Ermordung geschah am 21. August 1944, blieb die Führung der Berliner KPD-Parteiorganisation in den Händen von John Sieg und Wilhelm Guddorf, nach deren Verhaftung Anton Saefkow und Franz Jacob die Leitung übernahmen.

Am 3. Februar 1943 wurde Wilhelm Guddorf, der am 15. Oktober 1943 verhaftet worden war, vom 2. Senat des Reichsgerichts zum Tode verurteilt und am 13. Mai 1943 im Alter von 41 Jahren in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Mit ihm wurde an diesem Tag und Ort Walter Küchenmeister, der dem Führungskreis der Schulze-Boysen Gruppe angehörte, enthauptet.

• Kurt Schneider

Was sich hinter Leipziger Straßennamen verbirgt (104)

In Möckern erhielt 1973 eine kleine, neu angelegte Straße diesen Namen. Damit wurde der in Leipzig geborene Leiter der 1940 größten Berliner Widerstandsorganisation geehrt.

Robert Uhrig, am 8. März 1903 als Sohn eines Schlossers geboren, wuchs in Berlin auf. Der gelernte Werkzeugmacher schließt sich 1920 der KPD an, besucht Kurse der Marxistischen Arbeiterschule und arbeitet als Betriebsgruppenfunktionär. 1929 nahm er eine Stelle in der Versuchsabteilung für Radioröhren der Firma Osram an und leitet dort eine kommunistische Betriebszelle. Diese arbeitet auch nach 1933 illegal weiter. Ein Jahr später wurde er verhaftet und verbüßte bis 1936 eine Strafe im Zuchthaus Luckau. Nach seiner Entlassung knüpfte er erneut Verbindungen zu kommunistischen Widerstandsgruppen in mehr als 20 Betrieben. Er gilt 1940 als Kopf des kommunistischen Widerstands in Berlin. Es gab eine Zusammenarbeit mit Beppo Römer. Von Uhrig und Römer wurde das Untergrund-Blatt Informationsdienst in regelmäßigen Abständen herausgebracht, zeitweise arbeitete auch Werner Seelenbinder mit der Gruppe Uhrig zusammen. Sie gehörte zu den wenigen, die über die Instrukteure Rudolf Hallmeyer und Alfred Kowalke eine direkte Verbindung zum ZK der KPD in



Foto: Eiltzer

Moskau hatten. Im Februar 1942 wurden er und 200 weitere Mitglieder der Gruppe verhaftet und Robert Uhrig im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Am 7. Juni 1944 wurde Uhrig vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 21. August 1944 im Zuchthaus Brandenburg durch Enthauptung vollstreckt. Mit ihm starben neun Kampfgefährten, darunter auch der in Leipzig geborene Willy Sachse, der Autor der Abenteurerhefte »Alaska Jim« und »Big Ben«. Robert Uhrig schrieb 1944, kurz vor seiner Hinrichtung im Zuchthaus Brandenburg, an

seine Freundin: »Ich bin vollkommen aufrecht geblieben. Vor mir selbst bin ich vollkommen gerechtfertigt, und das ist mir das Wesentlichste. Über das Urteil der Geschichte können wir noch nicht verfügen, jedoch habe ich mich immer bemüht, so zu sein, wie ich gedacht habe.«

In seiner Geburtsstadt trugen die Kommunale Berufsschule IV und die 92. POS in der Uranusstraße 3 (letzte bis 1992) sowie das Mot-Schützen-Regiment 16 seinen Namen.

• Dieter Kürschner

Briefkasten

Zu LN 1/2012 Thema: (-) · (-) = +

Humanistische – realistische Menschen- und Darstellernarstellung auf dem Theater

Was bewegt Menschen, sich so und nicht anders in der Gesellschaft zu bewegen, als sie es gegenwärtig tun. Wo liegen die Motive für ihr Verhalten, was sind ihre Ansprüche an die heutige Welt. Mit wieviel Nuancen kann ein Darsteller sichtbar machen, welch Glück oder Unglück seine Beweggründe sind?

Das heutige Regietheater möchte ich insofern kritisieren, als dass ich der Auffassung bin: Ein echter Regisseur stirbt im Darsteller. So wie Regie den Spieltrieb und die Liebe zu einer Rolle oder Partie zum Erblühen bringt, so interessante Details werden Akteure und Regisseure finden, um sinnlich wahrnehmbare Eindrücke beim Publikum zu erzeugen. Gedanken und Assoziationsreichtum und Körperlichkeit, Sprache und Gesang unterstützen diesen Prozess. Ich spre-

che mich also für eine erhöhte Qualität der Akteure aus, die ja auch daran interessiert sind mit ihrer Darbietung zu überzeugen und Erfolg zu haben. Wichtig ist doch, dass sich das Publikum in der szenischen Gestaltung an Menschenfiguren orientieren und wiederentdecken kann. Theaterfiguren müssen leben!

Und ihre Botschaft sollte Hoffnung, Zuversicht und Mut bewirken, das Leben auch unter den schwierigen Bedingungen des Spätkapitalismus, wertzuschätzen und sinnvoll zu gestalten.

Ein humanistisches Menschenbild als Kerngedanke des zeitgenössischen Theaters, liebe Zeitkritik, Reibflächen, Abstoßendes und Erbauliches in Hülle und Fülle zu. Volkstheater bedeutet für mich: Vom Volke abgelautet, für das Volk inszeniert. Und zwar mit allen künstlerischen Mitteln, die dem Menschen eigen sind.

FRIEDERIKE RASCHKE, Leipzig

PS. Das sind die eigentlichen Gedanken, die mich als Theaterfachfrau sehr bewegen, und nicht so sehr die Existenz von Theatern an der Geldfrage festzumachen. Am Theater wirft man Geld zum Fenster hinaus und es kommt mit den Füßen wieder hinein. Nämlich durch die Auslastung der Zuschauerräume.

Müssen die Sachsen dem Preußen-König huldigen?

Der König und sein Hofstaat um Graf Brühl flohen vor den heranrückenden Preußen nach Warschau. Die preußische Besetzung brachte manches Ungemach. Junge Sachsen wurden zwangsrekrutiert. Die Okkupationsstruppen waren zu versorgen. Die Pirnaische Vorstadt in Dresden wurde auf Befehl eines preußischen Generals abgebrannt. In Dresden herrschten Hungersnot und Seuchen. Die Einwohnerzahl Dresdens ging während des Krieges von 63 209 auf 44 760 zurück. Friedrich II. hat nach seiner eigenen Schätzung 40 bis 50 Millionen Taler aus Sachsen herausgepresst. Überliefert ist, dass er Sachsen mit einem Mehlsack verglichen hat, auf den man schlagen kann so oft man wolle, es käme immer noch etwas heraus. Auch Leipzig und andere sächsische Städte trafen die Kriegszüge des »alten Fritz«. Friedrich Christian Schlosser, der Mitte des 19. Jahrhunderts eine 18 bändige »Weltgeschichte für das deutsche Volk« geschrieben hat, teilte mit: »Die Preußen verfuhrten ganz nach der Art der Türken. So wurde z. B. in Leipzig, um mit Gewalt Geld heraus-

zupressen, der ganze Magistrat auf die Pleißenburg gebracht, wo die Kaufleute der Stadt schon seit mehreren Wochen ohne Licht, ohne Stühle, ohne Betten und ohne Stroh gefangen saßen. 70 Kaufleute, die geflüchtet waren, wurden ihrer Güter beraubt. Ja, sogar die Kirchengefäße ließ Friedrich wegnehmen.« Friedrich »drückte Sachsen wie einen Schwamm aus«, schrieb Schlosser vor 150 Jahren.

Friedrich war Wegbereiter jener historischen Entwicklung, die 1945 in der Katastrophe endete. Daran änderte seine zeitweilige Philosophenfreundschaft mit Voltaire nichts, und nicht die Flötenspieler, die Friedrich komponierte.

Was könnte sich unsereiner von dem »Preußen«-Jahr wünschen?

Vielleicht, dass die Figur des Friedrichus Rex auf die Größe zusammenschumpft, die der König in seinem päpstlichen Zeitgenossen sah? Im politischen Testament lesen wir: »Der Papst ist ein altes, in seiner Nische unbeachtet geliebtes Götzenbild. Zur Zeit ist er der erste Beichtvater der Könige; sein Bannstrahl trifft nicht mehr.«

HORST SCHNEIDER, Dresden

Korrektur-Box

In der LN-Ausgabe 1/2012 vermissten Leser im Kommentar »Gedankenlos in Deutschland« die Angabe »der über 60-Jährigen« bei den Beschäftigungsverhältnissen. Wir danken allen, die uns auf diese wichtige Unterlassungssünde aufmerksam machten.

Die Redaktion

Wir können trotz mancher Wünsche »Leipzigs Neue« nicht überall in der Stadt zum Verkauf anbieten. Im Stadtzentrum sind der Bahnhof (Buchh. Ludwig) oder die Königshauspassage sowie der Augustusplatz (Presseshop) Verkaufsadressen. Sicherer und preisgünstiger für Leser bleibt unser Halbjahresabo (siehe Seite 23).

Grüßaugust mit Abi

Die unsägliche, mittlerweile unendliche Diskussion um die Person des Präsidenten der Republik Deutschland trägt schizophrene Züge. Wie sollte der Mann Vorbild sein bei einem Aufstieg, der integer kaum zu bewältigen wäre? Er ist vielmehr ein Abbild des ständig auf der Lauer lie-

genden Schnäppchenjägers, zu dem Otto Normalverbraucher domestiziert wurde. Insofern ist er durchaus repräsentativ aber eben nicht präsentabel. Ein Kandidat, mit moralischer Autorität, ist in unserer freiheitlich-demokratischen »Ellenbogenunordnung« wahrscheinlich nicht mehr zu finden und deshalb wäre diese Affäre bestens geeignet, das teure Amt eines »Grüßaugust mit Abitur« in der Tat abzuschaffen.

R. JAWUREK, Markkleeberg

Auch Hamburg verzeichnet einen Anstieg der Arbeitslosen. Die Springer-Gazette »Hamburger Abendblatt« ist der Meinung, dass der Arbeitsmarkt robust ist. Die Sietas-Werft, die im November 2011 Insolvenz anmeldete, wird nur durch einen Massenkredit über Wasser gehalten. Derzeit versucht Deutschlands ältester Schiffbaubetrieb durch einen drastischen Personalabbau sein Überleben zu sichern. Bis Mai 2012 sollen rund 350 Stellen gestrichen werden. Mit 375 Arbeitern in der Werft und 127 in der Tochter Neuenfelder Maschinenfabrik sollen die zwei bestellten Schiffe fertig gebaut werden. Nur sicher ist das auch nicht.

Aus den Schlagzeilen kommt die HSH Nordbank nicht raus. Nach dem Vorstandsvorsitzenden Paul Lerbinger hat nun auch der Aufsichtsrat klargestellt, dass den früheren Managern der Bank ein juristisches Nachspiel drohen könnte. Ausgangspunkt hierfür ist die Finanztransaktion OMEGA 55 aus dem Jahr 2007. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat gegen sechs ehemalige Vorstandsmitglieder ermittelt. Die Anklageschrift umfasst 600 Seiten in der der Vorwurf der schweren Untreue festgehalten und auch begründet wird. Das Aktenkonvolut liegt dem Auf-

Hamburger Korrespondenz Robust oder verlogen?

sichtsrat noch nicht vor. Das zuständige Gericht der Hansestadt hat einen Antrag auf Akteneinsicht unter Verweis auf Beschwerden einzelner Angeschuldigter zurückgewiesen.

Die Staatsanwaltschaft beschuldigt die früheren Vorstandsvorsitzender Dirk Jens Nonnenmacher und Hans Berger sowie die ehemaligen Vorstände Jochen Friedrich, Peter Rieck, Hartmut Strauß und Bernhard Visker. Ob und wie lange Ex-Deutsche-Bank-Mann Hilmar Kopper Aufsichtsratsvorsitzender bleibt, hängt wohl vom Ausgang des Prozesses ab.

Mit dem neuen sozialdemokratischen Schulsenator Ties Rabe sollte Ruhe einkehren. Die Schulstrukturfragen waren durch den Volksentscheid über die Primarschule vorerst geklärt. Dem ist nicht so. Ausgerechnet gegen das CDU/Grüne-Vorzeigeprojekt, die ganztägige Betreuung an den Schulen und die damit verbundene Hortreform, hat sich nun

neuer Widerstand formiert. Wie beim Volksentscheid sind es der progressive Landeselternausschuss und die reaktionäre Vereinigung »Wir wollen lernen«. Es geht darum, dass der SPD-Senat bis zum Sommer 2013 die Horte von den Kitas an die etwa 200 Grundschulen verlagern möchte. Hier soll, so der Plan, ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) mit freien Trägern angeboten werden. Das passt den Mitgliedern von »Wir wollen lernen« nicht. In Hamburg ist vorgesehen, dass jedes Kind, ohne Nachweis, die kostenfreie Betreuung in Anspruch nehmen kann. Zugesagt sind vom Senator Gelder für Mobiliar und Kantinen. Damit sei der Weg für 10 000 zusätzliche Ganztagsplätze frei, so Ties Rabe.

Protest löste das religions- und konsumkritische Gastspiel »Gólgota Picnic« des spanisch-argentinischen Regisseurs Rodrigo García,

das das Thalia-Theater im Januar präsentierte, aus. Die Inszenierung hat bereits in Frankreich und Österreich verschreckt. Es wird die Frage, in wie weit die Religion Erlösung verheißen kann und ob sie nicht Teil des sogenannten Bösen ist, thematisiert. Den Protest führt der sattem bekannte Priesterverein »Piusbruderschaft« an. Der Intendant der Hamburger Bühne Joachim Lux wurde mit radikalkonservativer und fundamentalistischer Kritik überschwemmt. Nur Hamburg ist nicht Rom – »Gólgata Picnic« ging über die Bühne.

Das Museum für Hamburgische Geschichte zeigt ab 24. Februar die Ausstellung »Die große Flut«. Vor 50 Jahren, in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar, kam über die Hansestadt die schwerste Sturmflut seit über 100 Jahren. Orkanböen mit Geschwindigkeiten bis zu 200 Kilometern pro Stunde sowie meterhohen Fluten ließen Deiche brechen. Die Flut überraschte die Menschen im Schlaf. Die Wassermassen drangen bis in die Hamburger City. Selbst das Rathaus stand unter Wasser. Der Stadtteil Wilhelmsburg versank. 315 Menschen wurden Opfer dieser Flut. Die Ausstellung wird bis zum 2. September im Museum am Holstenwall gezeigt.

Winterzeit ist auch immer Skisprungszeit. Erinnern Sie sich noch an die Zeit, als Helmut Recknagel im einfachen Wollpullover mit Pudelmütze und einfachen Skischuhen auf »Holzbrettern« von den Schanzen sprang und mit dieser Kleidung Olympiasieger 1960 und Weltmeister 1962 wurde? Heute undenkbar. Die Entwicklung der Bekleidung und der Ausrüstung im Skispringen hat eine enorme Entwicklung genommen.

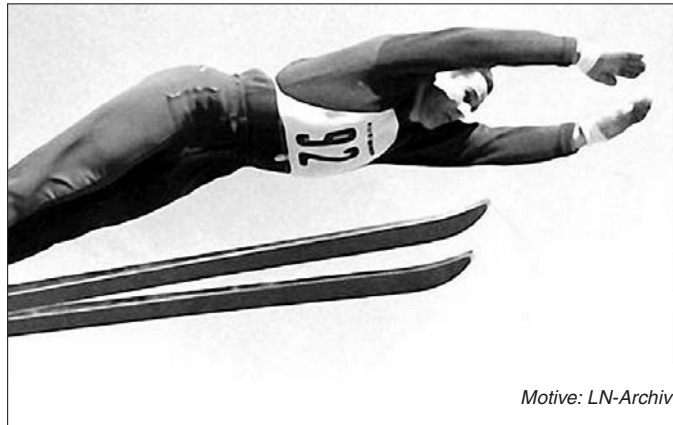
Über das Wie, das Warum und Weshalb unterhielt sich »Leipzigs Neue« mit jemandem, der das wissen muss und der selbst über Jahre hinweg diese Entwicklung mit prägte: Jens Weißflog, dreifacher Olympiasieger, zweifacher Weltmeister, viermaliger Sieger der Vierschanzentournee und langjähriger ZDF-Skisprung-Experte.

»Nicht selten wurde die Materialentwicklung von den Skispringern selbst mit forciert«, erklärte er, »denn wir alle haben an unserer Ausrüstung herumgetüftelt. Mal eine Kleinigkeit an der Skibindung, ein bisschen was an der Bekleidung... Natürlich haben auch Trainer oder Ausrüster die eine oder die andere Aktie daran, Entwicklungen sind ja im Sport, wie im normalen Leben, nicht aufzuhalten.«

Für Jens Weißflog kamen die größten Innovationen vom Skischuhbauer und -entwickler Volkmar Rast aus Schönheide im Vogtland, dessen Fabrikat nach wie vor von einem Großteil der Weltelite benutzt wird. Die Verbesserungen der Schuhe im Ferse- und Wadenbereich sei besonders hervorzuheben. Früher sprang man ja überwiegend in Halbschuhen. 1992 wurde dann eine Skisprungbindung erfunden, die bei Stürzen automatisch auslöst und Verletzungen weitgehend vermeidet. Und die Sprunganzüge?

»Als ich mit dem Skispringen begann trug ich auch noch Keilhose und Pullover«, sagt Jens Weißflog. »Später dann, an der Kinder und Jugendsportschule, bekamen wir die ersten Kombinationen, die zwar aerodynamischer waren und nicht mehr so flatterten aber noch keinen tragenden Effekt hatten. Das änderte sich nach und nach, so dass sowohl im Parallelstil als auch im V-Stil der Anzug im wahrsten Sinne eine tragende Rolle in der Luftfahrt hatte und hat. Heute sind die Anzüge in ihrer Passform stark limitiert und seit Mitte der achtziger Jahre muss auch die Luftdurchlässigkeit streng vorgegebenen Regeln entsprechen.«

Allerdings, so räumt der Experte ein, macht der Sprunganzug allein noch keinen guten Skispringer. Heute geht es mehr und mehr um ein Gesamtpaket, ein Gesamtwerk, an dem alle Details eine Berechtigung haben. Pass-



Motive: LN-Archiv

Von der Keilhose zum High-Tec-Anzug

LN im Gespräch mit Jens Weißflog



form, Stoffbeschaffenheit, Luftstrom und Luftdurchlässigkeit müssen messbar den Regeln entsprechen, aber trotzdem einen Trageeffekt bieten. Und der Sportler muss seine Technik immer wieder den neuen Gegebenheiten anpassen. Manche schaffen das, anderen fällt das schwerer, was dann das Leistungsge-

fälle bzw. Leistungsschwankungen erklären.

»Die Sportart Skispringen besitzt ihre eigene Dynamik«, weiß der 33-fache Weltcupssieger. »Die momentanen Materialregeln werden über einen bestimmten Zeitraum hinweg durch die Sportler, durch ihre technische und körperliche Weiterentwicklung und

durch die Entwicklung des Materials selbst überholt. Dann muss versucht werden, das Reglement wieder den laufenden sportlichen Entwicklungen anzupassen.«

Von einem ungebremsten schneller, höher, weiter, will Jens Weißflog dennoch nichts wissen, denn da ist der internationale Verband, die FIS, die in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern entsprechende Korrekturen am Material vornimmt, damit die Tüfteleien nicht ausufern und die Sicherheit der Sportler noch gewährleistet ist. Aber es müsse natürlich auch Spielraum für Experimente gelassen werden, um Erfahrungen machen zu können. Da gebe es für modische Aspekte zum Beispiel so gut wie keinen Spielraum. Es dominiert allein die Zweckmäßigkeit der Kleidung, meint der Experte. Wie ist das aber dann mit den Farben der Anzüge? Da gibt es Skispringer, die meinen, dass »jede Farbe anders fliegt«?

Das hält der Experte für Unsinn und eher für einen psychologischen Effekt. »Wer daran glaubt, dem kann man seinen Glauben schlecht nehmen. Als die deutschen Skispringer in den orange-farbenen Anzügen Weltspitze waren, wollten andere Nationen auch orange-farbene Anzüge. Dann waren aber plötzlich Sportler in grünen Anzügen besser... Vom Material her sind sie alle gleich.«

Zum Schluss unseres Gesprächs wollten wir noch herausbekommen, ob sich denn in Sachen »Magerwahn« der Skispringer seit Hannawalds Zeiten etwas zum Positiven verändert hat? Jens Weißflog sieht diesen Magerwahn heute nicht mehr. Durch die Einführung des Body-Maß-Index (BMI) im Zusammenhang mit der Länge der Sprungski habe sich das normalisiert. »Aber wie in jeder Sportart muss man auch beim Skispringen bestimmte körperliche Voraussetzungen mitbringen. Und da behaupte ich, dass es nie einen schweren Skispringer geben wird. Und natürlich gibt es dann wiederum einen Zusammenhang zwischen Material und Gewicht. Flugzeuge werden eben auch so leicht und so stabil wie möglich gebaut«, fügt er schmunzelnd hinzu. Und wohin geht die Entwicklung im Skispringen?

»Ich weiß nur, dass es immer weiter gehen wird«, gibt Jens zur Antwort. »Sonst würden wir Menschen ja heute noch in Höhlen wohnen und ums Feuer tanzen. Aber eben immer nur soweit, wie man es bei der FIS in ihrer Verantwortung kommen lassen will.« Und auch da werde es immer wieder Korrekturen geben müssen, die aber stets nur eines bewirken sollen: Fortschritt.

**Das Gespräch führte
Lars Brunner**

Sanierung für Leipziger Sporthalle

LN. Die Sporthalle am Ostflügel der Neuen Nikolaischule in der Leipziger-Schönbachstraße 17 soll saniert werden. Das beschloss Oberbürgermeister Burkhard Jung auf Vorschlag der Bürgermeister Thomas Fabian und Martin zur Nedden.

Derzeit kann die Halle aufgrund baulicher Mängel nicht genutzt werden. Die Sanierung erfolgt in zwei Teilbauab-

schnitten vom dritten Quartal 2012 bis zum vierten Quartal 2013. Vorgesehen sind u. a. die Erneuerung des Sportfußbodens, der Deckenverkleidung, der Wärmedämmung, der Heizung und der Elektroanlagen sowie der Einbau neuer Sportgeräte und einer Prallwand.

Im zweiten Teilbauabschnitt sollen ein Sportgeräteraum geschaffen und die Sanitär- und Umkleieräume erneuert

werden. Die Kosten betragen rund 710.000 Euro.

»Mit der Sanierung der Sporthalle können wir die Bedingungen für den Sportunterricht deutlich verbessern«, freut sich Thomas Fabian. »Es ist schön, dass wir diese baulichen Maßnahmen im Jahr der Feierlichkeiten zu »500 Jahre Nikolaischule« beginnen können.«

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN e.V.

Tel.: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

20. Februar, Montag, 16 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Die politische Ökonomie des Sozialismus – Eine Fehlleistung der marxistischen Wirtschaftstheorie?* Mit Prof. Dr. Horst Richter.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

21. Februar, Dienstag, 18 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Reihe: Junge Rosa – Energiewende sozial gerecht umsetzen.* Mit Marco Böhme.

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

21. Februar, Dienstag, 18 Uhr, Leipzig ***
Vortrag und Diskussion: *Chinas Tradition und Moderne.* Mit Thoralf Lindner.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

22. Februar, Mittwoch, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Diskussion: *Bankrottüre bitten zur Kasse: Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung.* Mit Dr. Jürgen Leibiger.

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

23. Februar, Donnerstag, 18 Uhr, Leipzig
Reihe: Luxemburg in Schönefeld: China – Wege einer Großmacht. Mit Dr. Monika Runge.
Bürgerbüro, Gorkistr. 120

23. Februar, Donnerstag, 18.30 Uhr
Reihe: Rosa L in Grünau: Der neue Elitenrassismus. Wie funktioniert die »Methode Sarrazin?« Mit Jana Werner.
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

27. Februar, Montag, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Rechtspopulismus in Österreich.* Mit Prof. Dr. Peter Porsch.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

28. Februar, Dienstag, 18 Uhr, Leipzig ***
Buchvorstellung und Gespräch: *DDR-Literatur – Ein alter Hut? Lesung aus »Schriftsteller und Gesellschaft. Beiträge zu östlichen(?) deutschen Literaturen«* Mit Prof. Dr. Klaus Werner.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

29. Februar, Mittwoch, 19 Uhr, Dresden ***
Vortrag und Diskussion: *Das Gemeingüter-Konzept der Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom. Ein praktikabler Ansatz in der Eigentumsfrage?* Mit Prof. Dr. Günter Krause.
WIR_AG, Martin-Luther-Str. 21

*** Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Buchhandlung Rijap

Neu bei uns:

Klaus Huhn: *Udo L: Endgültig hinterm Horizont,*
Spotless, 5,95 Euro

Hajo Obuchoff, Lutz Wabnitz, Frank Michael Wagner:
Die Trasse – Ein Jahrhundertbau in Bildern und Geschichten
Das Neue Berlin, 19,95 Euro

Franziska Kleiner (Hrsg.): *Das rote Berlin: Ein Stadtführer*
Das Neue Berlin, 15,90 Euro

**Wir beschaffen jedes lieferbare Buch,
in Leipzig ab 20 Euro frei Haus.**

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto.
Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

Tel.: 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Filiale Wallmann

04155 Georg-Schumann-Str. 52

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellung

Bis 26.2.: *Glanzlichter 2010 – Ausstellung der Siegerbilder des Internationalen Naturfotowettbewerbs,* veranstaltet von »projekt natur & fotografie«
Montreal

Veranstaltungen

12.2., 11 Uhr, Bilder-Vortrag: *Glanzlichter aus Südtirol. Die bunte Welt der Kohlröschen.*
Anmeldung erwünscht.

Ferienveranstaltungen
Anmeldung erforderlich

13. und 14.2., 13.30 und 14.30 Uhr: *Lebende Tiere im Museum.* Beobachtungen an Vogelspinnen, Stabschrecken und anderen lebenden Tieren; Anfertigen einer Schmetterlingskarte.

15.2., 13.30 und 14.30 Uhr: *Jeder Stein erzählt eine Geschichte.* Führung und Quiz.

Vom 27.2. bis 6.3. ist das Naturkundemuseum wegen **Austellungswechsels** nur für **angemeldete Gruppen** geöffnet.

Theatrium

Leipzig, Alte Salzstr.59

FERIENPROGRAMM

15. und 16.2., 10 Uhr: *Oh wie schön ist Panama.* Gatspiel Puppentheater ECKstein, ab 3 Jahre.
24. (Premiere), 25.2., und 2.3., 20 Uhr: *Seelenheil.* Jugendtheaterprojekt, ab 14 Jahre

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

NEUBAU, Böttchergasse
Ausstellungen

Bis 4.3.: *Inspirierte Orte – >100! Künstlerateliers in Leipzig.* Fotos von Christoph Sandig.
Bis 11.3.: *Leipziger Südsee. Tagebaufotografien von Thomas Götze.*

ALTES RATHAUS, Markt 1

Ständige Ausstellung:

Teil I: *Leipzig Original. Von der Frühzeit bis zur Völkerschlacht.*

Teil II: *Moderne Zeiten. Von der Industrialisierung bis zur Gegenwart.*

Veranstaltungen

14.2., 16.30 Uhr: *Begegnung mit Clara Schumann.* Ulrike Richter führt singend durch das Alte Rathaus. Eintritt: 6 Euro.

16.2., 16 Uhr und 26.2. 11 Uhr: *Führung durch die Ausstellung »Moderne Zeiten«.*

21. und 26.2., 14 Uhr, Festsaal Altes Rathaus, FERIENVERANSTALTUNG für Kinder ab 7 Jahren: *Abenteuer im Alten Rathaus. Turm, Schatzkammer und Verlies erkunden.* Anmeldung: 0341-9651340. Gebühr: mit Ferienpass 1, ohne 2 Euro, Erwachsene 6 Euro.

26.2., 13 Uhr: *Lästerliche Plaudereien mit Marktfrau Marlene.* Museumsführung in sächsischer Mundart mit Angelika Pönitz. Eintritt: 6 Euro.

Lesenswert

Gerhard Schumacher



HALUNKENPOSTILLE
NOTIZEN AUS DER HALLEPSTADT DER BRD

Gerhard Schumacher besitzt die wunderbare Gabe frecher, ungewöhnlicher Formulierungen für teils sehr ernste Angelegenheiten, die an der Spree nun mal ver- und behandelt werden. Seine Sichten nun als Büchlein dicht an dicht zu lesen, bieten einen ganz neuen Reiz der Lese und Denke. Mal mit Lächeln, mal mit Zornesröte. Probieren Sie es!

Leider hat er fast immer recht. – Oder?

ISBN 978-3-89626-546-6

12,80 Euro

Bestellungen über die Redaktion sind möglich

Richard-Wagner-Verband Leipzig

Bis 19.4., Floßplatz 4, Ausstellung: *Von Leipzig nach Bayreuth – Richard Wagner, Szenen eines Künstlerlebens.*

10.2., Musikalienhandlung Oelsener, Schillerstr. 5: Buchvorstellung *Richard Wagner in der DDR. Versuch einer Bilanz.*

13.2., 14 Uhr, Wagner-Büste am Schwanenteich: *Kranzniederlegung zum 129. Todestag Richard Wagners.*

13.2., 19.30 Uhr, Grassistr. 8, Kammermusiksaal: *Konzert der Bayreuth-Stipendiaten des Richard-Wagner-Verbandes.*

25.2., 15 Uhr, Richard-Wagner-Aula, Nikolaikirchhof 2: *Noten-spur-Salon Richard Wagner.*

Universitäts-Bibliothek

Leipzig, Beethovenstr. 6

Bis 18.3., Ausstellung: *NS-Raubgut in der Universitätsbibliothek Leipzig*

19.2., 15 Uhr: *Öffentliche Führung durch die Ausstellung »NS-Raubgut in der UB Leipzig«*

21.2., 18 Uhr: *Eröffnung der Plakatausstellung des Tanzarchivs Leipzig*

3.3., 15 Uhr: *Führung durch die Bibliotheka Albertina. Rundgang mit Leipzig Details (Eintritt)*

8.3., 19 Uhr: *Die Thora-Rollen von Leipzig. Eine bibliothekarische Spurensuche.* Vortrag zur »Woche der Brüderlichkeit« von Cordula Reuß.

attac Leipzig

29.2., 18 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50: *Mittwochsattacke – Finanzkrise und kein Ende.*

Bach-Museum

Leipzig, Thomaskirchhof 15/16

15. und 22.2., 15–17 Uhr, Ferienangebot (6–12 Jahre): *Bach im Druck – ein Künstlerbuch entsteht.* Mit Ferienpass 1, ohne 2 Euro. Anmeldung erwünscht.

17.2., 15 Uhr und 4.3., 11 Uhr: *Das Bach-Museum.* Führung mit Besichtigung des Sommer-saales.

19.2., 11 Uhr und 2.3., 15 Uhr, Führung: *Bach in Leipzig.*

26.2., 11 Uhr und 9.3., 15 Uhr Führung: *Die Musiker-Familie Bach.*

26.2., 15 Uhr, Notenspur-Salon im Bach-Museum: *»Die sprechenden Schwestern: Musik für Violine, Viola da gamba und Cembalo.* Mit Werken von M. Marais, G. P. Telemann, D. Buxtehude, A. Corelli u. a.

Alte Börse

Leipzig, Naschmarkt 2

15.2., 16.30 Uhr: *Konzert mit Musikern aus Norwegen.*

20.2., 20 Uhr: *Violinkonzert mit Toshihiko Kobayashi*



Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
 Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

- Ich bitte um Rechnung
 - Ich bezahle durch Bankeinzug
- Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird bundesweit über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis einen Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Wir gratulieren!

Ihren 83. Geburtstag begehen

unser Genosse

Manfred Schramm

am 12. Februar

und

unsere Genossin

Ursula Pörschmann

am 22. dieses Monats.

Beiden Jubilaren herzliche Glückwünsche!

Die Mitglieder der Basisgruppe Löbnig der Partei DIE LINKE

Initiative

Christliche Linke

13.2. 18 Uhr: Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Thema: *Nachdenken über Selbsttötung und Trauer*. Referent: Dr. Siegfried Knopfe.

Gäste sind willkommen.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind.

Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr, im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a



Bund der Antifaschisten Leipzig

23.2., 16 Uhr: Gedanken - Gedenken - Nachdenken oder Vordenken.

Zur Erinnerung an Prof. Dr. Ernst Springer aus Anlass seines 90. Geburtstages.

8.3., 17 Uhr: *Frauenstimmen*. Literarische Veranstaltung zum Internationalen Frauentag.

Die Veranstaltungen finden im Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Str. 21, statt.



Leipzig, Menckestr. 23

DEFA-Märchenfilme

11.2., 17 Uhr: *Dornröschen*
 25.2., 17 Uhr: *König Drosselbart*
 Eintritt: 5 Euro, Kinder 4 Euro

12., 19. und 26.2., 11 Uhr: *Führung durch das Gohliser Schlösschen*. Eintritt: 5 Euro

26.2., 15 Uhr: *148. Bürgerkonzert »Musica bohemica I«* Slawische Melodien aus der goldenen Zeit der Musik mit Werken von Dvorak, Kodaly und Martinu. Es spielen Annett Greiner-Neumann – Violine, Sybille Hesselbarth – Violoncello, Edwin Diele – Klavier. Eintritt: 17 Euro/ 12,50 Euro



»Dann fangen wir von vorne an«

Filmvorführung und anschließendes Gespräch mit Prof. Dr. Theodor Bergmann, im Rahmen der Christlich-Jüdischen Woche

Mittwoch, 7. März
 17.00 Uhr

Der Veranstaltungsort stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest, deshalb bitte den Ort über die Internetseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen erfragen.

www.sachsen.rosalux.de



Der Natur auf der Spur.

14. und 16.2., sowie 21. und 23.2., 10 Uhr, Ferientour: *Durch den winterlichen Zoo mit den Zoolotzen ...*

21.2., 11 Uhr: *Eisbahnfasching im Gründergarten des Zoo mit Eisolympiade und freiem Eintritt für Kinder bis 14 Jahre und Faschingskostüm*

24. und 25.2., 19.30 Uhr: *Abendtouren durch den Zoo*. Eintritt: Erwachsene 13, Kinder 9 Euro. Vorbestellung erforderlich: 0341-5933-385/386

LEIPZIGS NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel.: 0341 / 21 32 345 Fax: 03212 / 11 80 370 E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de Internet: www.leipzigs-neue.de Bankverbindung: Sparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion: Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock (V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Februar 2012 Die nächste Ausgabe erscheint am 9. März 2012

quer gedacht

von Eva Lenn

Wir in unserer Zivilisation ...

»Sibirische Kälte kommt über Europa – da müssen wir vorsorgen, dass kein Mensch erfriert«, sagt Frau M. an einem eisigen Sonntagmorgen zu ihrer Nachbarin. »Erfrieren? Was spinnst du da? Wir leben hier in der Zivilisation, da kann so was gar nicht passieren. Wir haben feste Häuser, moderne Heizung, warme Sachen, auch die Autos sind beheizbar – wo liegt da das Problem?«, wird diese heftig. »Das Problem besteht darin, dass in den paar Tagen seit dem Kälteeinbruch schon über 120 Menschen in Europa erfroren sind«, sagt Frau M. ruhig. »Das kann nicht sein. Höchstens ein paar Besoffene, die nicht mehr nach Hause gefunden haben.«

»Nein, Leute, die kein Zuhause haben, außerdem sind Frauen und Kinder in Wohnungen erfroren!« »WIESO?«, wundert sich die Nachbarin.

»Weil nicht alle Menschen Wohnungen haben und diejenigen, die in Wohnungen leben, nicht alle das Geld haben, um die steigenden Heizkosten zu bezahlen. Jeder Vogel hat sein Nest, jeder Fuchs hat seinen Bau und die Murmeltiere bringen ihre Jungen mitten im Winter zur Welt, doch die Kleinen haben es warm in ihrer Höhle – und das alles ganz ohne Zivilisation!« Und Frau M. fügt hinzu: »Was heißt eigentlich Zivilisation?«

»Kurz gesagt, wird darunter die Gesamtheit der durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik geschaffenen guten Lebensbedingungen verstanden, wobei die Kultur auch mit dazu gezählt wird. So habe ich es in meinem Lexikon gelesen.«

»So ähnlich sehe ich das auch ohne dein Lexikon. Haben wir nun doch keine Zivilisation – oder ist sie geteilt? – Es geht ein Riss durch die Zivilisation, der immer größer wird, wenn wir nichts dagegen unternehmen.«



Die »Eiserne Lady« von Leipzig

Trotz derzeit abgekühlter Atmosphäre posierte sie gern vor ihrem Haus und unserem Fotografen G. E.

Sollten Sie neugierig geworden sein, dieser Tipp: Sie freut sich Tag und Nacht auf Blick und Klick.

Blicken wir zuvor in den Spiegel. Ihre Adresse befindet sich:

Am Connewitzer Kreuz

Über Sachsens »Rentner«

● *Es ist schon eigenartig, dass die Staatsregierung die Rente mit 67 durchgepeitscht hat, ihre Beamten aber immer früher in den Ruhestand versetzt. Betrug das Durchschnittsalter 2009 noch 59,7 Jahre, so waren es 2011 nur noch 59,3 Jahre.*

● *Noch gravierender sind die Unterschiede zwischen Pensionären und normalen Rentnern beim monatlichen Ruhestandsbetrag. Während für Neurentner aus der gesetzlichen Rentenversicherung 2010 monatlich lediglich 873 Euro und für Neurentnerinnen 667 Euro gezahlt wurden, waren es für sächsische Pensionäre 2011 immerhin 1.844 Euro.*

● *Gestiegen ist daher auch der monatliche Betrag, der aus dem sächsischen Landeshaushalt für Pensionäre, selbst wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz wieder nach Westdeutschland verlagert haben, aufgebracht werden muss.* (Quelle: Landtag/Pellmann)

Aufgeschnappt

»Glauben Sie, es macht mir Spaß, dass auf jedem Knöllchen, das die Leipziger Politessen verteilen, meine Unterschrift steht?«

Der Leipziger Oberbürgermeister Jung während eines Wortgefechtes in der Januarsitzung des Stadtrates.

Bei einem Fünftel der Deutschen gibt es einen latenten Antisemitismus, stellte eine Studie, die im Auftrag des Bundestages erarbeitet wurde, fest. Er geht durch alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen.

DLF am 23.1.

Eine von ihrer Familie als vermisst gemeldete Ungarin, die angeblich auf dem gesunkenen Kreuzfahrtschiff »Costa Concordia« mitgereist war, ist seit drei Jahren tot. Die Familie, habe schlicht gelogen und »die Daten einer vor drei Jahren gestorbenen Person missbraucht«, teilte das ungarische Außenministerium mit. Die falsche Anzeige sei »bisher beispiellos« und »außerordentlich bedauerlich«.

Internet am 24.1.

Laut Post gibt es in den neuen Bundesländern in etwa 400 Orten den Namen »Thälmann«, auf knapp 30 Straßenschildern steht »Lenin«, auf einem »Straße des 7. Oktober«. Sollte auf sie auch der Tarnmantel der Aufarbeitung fallen, bewirkt dies nur,

dass die DDR im kollektiven Gedächtnis immer kuschlicher erscheint.

»der Freitag« am 26.1.

Fundsachen

Die scheidende politische Geschäftsführerin der Piratenpartei, Marina Weisband, ist in den vergangenen Monaten wegen ihres jüdischen Glaubens massiv antisemitisch angefeindet worden. »Ich habe Hassmails bekommen, auf rechtsextremistischen Webseiten wurde mein Foto veröffentlicht. Daneben standen Texte darüber, wie die Juden jetzt die deutsche Parteienlandschaft erobern würden«

BamS am 29.1.

180 Obdachlose sind bisher durch den Wintereinbruch erfroren. Das meldeten u.a. die Ukraine, Rumänien und Polen. ARD-Morgenmagazin am 3.2.

Sie nennen sich »Die Unsterblichen«, tragen weiße Masken, ziehen nachts mit Fackeln durch Städte, demonstrieren gegen Demokratie und »Volkstod« – auch in Sachsen. Eine Razzia Mitte Januar sollte diesen Rechtsextremen einen empfindlichen Schlag versetzen. Doch diese Strategie scheint nicht aufgegangen zu sein.

LVZ am 3.2.

Eine Rebellion macht aus einer Autokratie in Ägypten noch keine Demokratie.

»Die Welt« am 4.2.

»Wie jetzt weiter mit mir?« Wenn diese Frage auftaucht, geht es nicht mehr nur einspurig um Berufswahl oder dergleichen, sondern heute gern um die ganze Existenz.

»Das Magazin« Februar 2012

Gehört, gelesen und gesehen von Siegfried Kahl

Reinhard Lochners Weisheiten

Altern ist der Vorgang, bei dem man sich langsam und stetig von den Grundsätzen entfernt, die man seinen Kindern eingeblut hat.

Als ich ein kleiner Junge war, dachte ich manchmal: Wie schön wäre es, im Jahr 2000 zu leben! Nun ist das Jahr 2000 lange vorbei, und manchmal denke ich: Wie schön wäre es, ein kleiner Junge zu sein!

